Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 123. Donnerstag, den 29. Mai 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Steuerfreiheit der Fürsten.

I.

Ein Ueberbleibsel längst überwundener Zustände besteht noch in der Bevorrechtung einiger Familien auf dem Gebiete des Steuerwesens gesetzlich weiter. Darüber wird in Verbindung mit der neuen Militärvorlage und ihrer Deckung wohl noch viel geredet werden, daß sich wohl eine kurze Darstellung des Sachverhalts lohnt.

Das Staatsrecht aller deutschen Einzelstaaten sieht die Befreiung der Angehörigen des souveränen Hauses von Staats- und Gemeindesteuer vor. Das geht so weit, daß z. B. der König von Preußen nicht einmal Fährgelder zu zahlen braucht, wenn er über einen Fluß setzen will; er teilt dieses schöne Vorrecht, dessen Geldwert man wohl mit 2,50 Mark pro Jahr noch um ein Erkleckliches zu hoch ansetzen dürfte, mit Hebammen, die zu Kreißenden gerufen sind, und mit den Schornsteinfegern, die zum Essenkehren über Land ziehen. Bei der Befreiung von der staatlichen Einkommen- und Vermögenssteuer handelt es sich im Gegensatz zu diesem finanziell bedeutungslosen Vorrecht um ganz erhebliche Beträge, denn der König von Preußen dürfte aus seiner Zivilliste, seinem Barvermögen und seinen Besitzungen ein jährliches Einkommen von mindestens 40—50 Millionen Mark haben, daneben einen Besitz von rund 300 Millionen Mark Verkehrswert. Neben dem König und der Königin bleiben aber auch noch alle Angehörigen des königlichen Hauses kraft Gesetzes vom Besuche des Steuerbotens verschont, auch wenn sie, wie z. B. der Prinz Friedrich Leopold, einen schwunghaften Grundstückshandel treiben und damit Millionen-Gewinne einheimsen. Viele dieser sogenannten „hohen Herrschaften“ verfügen über kolossale Barvermögen und Grundbesitzungen; wir nennen nur die Nachkommen des Prinzen Albrecht. Ein wenig von dem somit immerhin recht profitlichen Glanze der preußischen Königskrone hat sich auch auf das Fürstenhaus der Hohenzollern gelegt, dessen Angehörige es ihrem Namen zu danken haben, daß sie in Preußen nichts zu zahlen brauchen.

Wie in Preußen, so wird es auch in anderen Einzelstaaten gehalten. Auch hier weitgehende Bevorrechtung der Angehörigen des Königshauses bei der Entrichtung der staatlichen und der Gemeindesteuern.

Als im Jahre 1866 Bismarck einige kleine Korrekturen am deutschen Gottesgnadentum vornahm, von denen die eine jetzt durch die Verbindung des letzten Welfensprossen mit der Kaiserstochter in etwas revidiert ist, legte man den abgehalfterten Potentaten von Hannover, Kurhessen und Nassau das lindernde Pflästerchen dauernder Staatssteuerfreiheit in Preußen auf die zuckenden Wunden — bei dem notorischen Reichtum dieser drei Häuser eine immerhin ansehnliche Begünstigung.

Andere Steuerbefreiungen existieren, soweit die Staatssteuern in Betracht kommen, in Preußen nicht mehr. Bis zum Jahre 1892 war das anders. Den Häuptern und Mitgliedern der Familien vormals unmittelbar deutscher Reichsstände und der ihnen gleichgestellten Familien war im Anschluß an Artikel 14 der deutschen Bundesakte vom 8. Juni 1815 durch die Landesgesetzgebung oder durch Verträge Personalsteuerfreiheit zugesichert worden. „Reichsunmittelbar“ heißen diejenigen deutschen Fürsten- und Grafenfamilien, die bei Auflösung des vormaligen deutschen Reiches die Landeshoheit in ihren Territorien und zugleich Sitz und Stimme auf dem (alten) Reichstage besessen hatten, die Souveränität jedoch infolge der napoleonischen Kriege, insbesondere infolge der Rheinbundsakte vom 12. Juli 1806, verloren und durch die Beschlüsse des Wiener Kongresses nicht wieder erhalten haben. Durch die erwähnte Bundesakte waren ihnen auf den verschiedensten staatlichen Gebieten bestimmte Vorrechte, darunter die Befreiung von der Militärpflicht und von den Steuern, besonderer Gerichtsstand, Polizei- und Gerichtsobrigkeit usw., zugesichert worden. Die Gesetzgebung von 1848 und der folgenden Jahre, insbesondere der Artikel 4 der preußischen Verfassung, beseitigten nun zwar die Standesvorrechte und sonstigen Sonderrechte radikal, aber die einflußreichen Familien bohrten so lange, bis in der dunkelsten Reaktionsperiode, nämlich im Jahre 1854, durch ein Gesetz eine sogenannte „authentische Deklaration“, d. h. eine rechtsgültige Erläuterung der Verfassungsurkunde, gegeben wurde, wonach der Artikel 4 der Verfassung auf diese Familien nicht anzuwenden sei, sie vielmehr in dem Besitze ihrer früheren Vorrechte bleiben sollten, sofern sie nicht ausdrücklich durch rechtsbeständige Verträge solche aufgegeben hätten. So ist es gekommen, daß die Angehörigen der Familien Arenberg, Solms, Bentheim, Sayn-Wittgenstein, Solms, Thurn und Taxis, Fürstenberg, Ysenburg, Leiningen, Stolberg und andere auch heutigen Tages noch von der Militärpflicht befreit sind und damit die eine Klasse der Militärdienstbefreiten bilden. Die andere Klasse besteht aus den mit Zuchthaus bereits vor der Militärdienstpflicht bestraften Menschen, die nicht Soldat werden dürfen. Mit der Steuerpflicht verhielt es sich so, daß schon das 14. Kapitel des zweiten Teiles des preußischen Allgemeinen Landrechts bestimmte: Dem Besteuerungsrecht des Staates unterliegen alle diejenigen, „die für ihre Personen, Vermögen oder Gewerbe den Schutz des Staates genießen“. Danach war prinzipiell eine Privilegierung ausgeschlossen. Aber auch da hat man sich mit „authentischen Deklarationen“ geholfen. Und als man Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in Preußen zu einer Neuordnung des Staats- und Kommunalsteuerwesens schritt, gab man den bis dahin für steuerfrei erachteten Personen und Familien durch ein besonderes Gesetz vom 18. Juli 1892 eine Kapitalentschädigung für die Aufgabe eines Privilegs, das die besten Sachkenner immer für ungesetzlich angesehen haben. Die Entschädigung betrug das 13½fache der für 1893 auf die Berechtigten veranlagten Einkommensteuer und machte im ganzen einen Betrag von beinahe 2 Millionen Mark aus.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Reichs- und Staatsangehörigkeit.

Der Gesetzentwurf über die Reichs- und Staatsangehörigkeit liegt dem Reichstag schon seit Beginn der Session, also seit seinem Zusammentritt, vor. Die Kommission hat in langer Beratung den Entwurf durchgearbeitet, und ein umfassender Bericht stellt ihre Beschlüsse zusammen. In der gestrigen Sitzung wurde der § 1 des Gesetzes durchberaten, wie immer in einer Art Generaldebatte, die den ganzen Nachmittag in Anspruch nahm. Die Stellung unserer Fraktion wurde vom Genossen Landsberg dargelegt, der an die Spitze seiner Ausführungen die Forderung der unmittelbaren Reichsangehörigkeit für alle Deutschen stellte, eine Forderung, die in einer Resolution ausgesprochen ist. Den Entwurf selbst kritisierte unser Redner mit ausführlichen Einwendungen, die seine sozialen und juristischen Bedenken wiedergaben. Er hob besonders hervor, daß der Entwurf teilweise sogar den gegenwärtigen Rechtszustand erheblich verschlechtert, indem er dem einzelnen Bundesstaat die Souveränität auf dem Gebiet der Einbürgerung nimmt und anderen Staaten das Recht gibt, Einspruch zu erheben. Die Verbesserungsanträge, die von unserer Seite in der Kommission gestellt worden sind, sind größtenteils gleichfalls abgelehnt worden, namentlich ist die Gleichberechtigung der Frau nicht anerkannt worden, unter allerhand reaktionären Vorwänden. Ebenso ist abgelehnt worden, daß Deutschen der Erwerb einer andern deutschen Staatsangehörigkeit erleichtert werden soll, und nicht minder stark war der Widerstand, als es sich darum handelte, Ausländern deutsche Staatsangehörigkeit zu schaffen. In seinen sehr wirkungsvollen und auf gründlicher Kenntnis der Materie aufgebauten Darlegungen polemisierte der sozialdemokratische Redner dann gegen die weitgehenden Befugnisse, die das Gesetz der Verwaltungsbehörde verleiht, und er führte Beispiele an, die allerdings beweisen, daß die Behörde wenig zuverlässig ist und wenig Vertrauen bei der Anwendung ihrer Rechte verdient. Ihr Vorgehen gegen die dänische Bevölkerung, ihre Entscheidungen gegen Ausländer, deren Religionsbekenntnis Mißbehagen erweckt, sollten freilich vor einer Ausdehnung des freien Ermessens warnen.

Der Zentrumsredner Dr. Belzer konnte gegenüber dieser Kritik nur einwenden, daß die Sozialdemokraten in der Kommission ja schließlich dem Entwurf zugestimmt hätten — ein Einwand, der schon deshalb nicht stichhaltig ist, weil die Haltung unserer Vertreter in der Fraktion von bestimmten Erklärungen beeinflußt war, die heute nicht mehr zu Recht bestehen. Während aber der Fortschrittler Dr. Blunk wenigstens einige Neigung zeigte, fortschrittlichen Anregungen zu folgen, sprachen sowohl der Redner des Zentrums wie der Nationalliberale Herr Beck, der Konservative Dr. Giese und — wie nicht anders zu erwarten — Herr Liebert die schlimmsten Befürchtungen aus gegen die allzu leichte Aufnahme staatsfeindlicher Elemente. Herr Liebert und der Antisemit Herzog redeten in diesem Zusammenhang die üblichen Töne von völkischer und garmanischer Eigenart.

Die zweite Lesung nimmt heute mit der Beratung des § 2 ihren Fortgang.

Das neue Spionagegesetz.

Der dem Reichstag zugegangene Gesetzentwurf gegen den Verrat militärischer Geheimnisse entpuppt sich als ein Gesetz, das die Aufgabe hat, die Presse zu knebeln und insbesondere zu verhindern, daß Dinge an die Oeffentlichkeit kommen, die den militärischen Machthabern unangenehm sind. Auf den Verrat militärischer Geheimnisse werden strenge Strafen gesetzt. Unter Umständen kann auf lebenslanges Zuchthaus erkannt werden. Zu den militärischen Geheimnissen werden nach dem neuen Gesetz nicht nur Schriften, Zeichnungen und Gegenstände, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist, gerechnet, sondern auch Nachrichten, deren Geheimhaltung den militärischen Behörden notwendig erscheint. Wer solche Geheimnisse, also auch Nachrichten, auch ohne den Vorsatz, die Sicherheit des Reiches zu gefährden, an einen anderen gelangen läßt, wird mit Gefängnis oder mit Festungshaft bis zu fünf Jahren bestraft. Auch der Versuch ist strafbar. Wie sich aus der Begründung des Gesetzes ergibt, soll verhütet werden, daß künftig militärische Maßnahmen in die Oeffentlichkeit gebracht werden können. Eine Nachricht über die Einführung neuer Patronen z. B. würde zweifellos unter das Gesetz fallen und könnte den Redakteur, der sie bringt, bis zu fünf Jahren Gefängnis kosten. Die Presse würde durch dieses Gesetz auf das allerschwerste gefährdet, denn kein Redakteur kann wissen, ob irgend eine Nachricht, die ihm zugegangen ist, unter den Begriff „Militärische Geheimnisse“ fällt, und es würde künftig, ehe man solche Nachrichten veröffentlicht, nichts weiter übrig bleiben, als erst bei der in Frage kommenden Kommandobehörde anzufragen, ob die Veröffentlichung gestattet ist. Diese neuen gesetzlichen Bestimmungen sind derart dehnbar, daß mit leichter Mühe Vorkommnisse, durch welche Offiziere kompromittiert werden, unter Umständen selbst Soldatenmißhandlungen, sehr wohl in die Nachrichten gebracht werden könnten, deren Nichtveröffentlichung im militärischen Interesse gelegen ist. Der § 5 des Gesetzes scheint sich gegen Machenschaften à la Krupp wenden zu wollen; denn er bestimmt:

„Wer sich vorsätzlich ein militärisches Geheimnis ohne die Absicht verschafft, es zu einer die Sicherheit des Reiches gefährdenden Mitteilung zu gebrauchen, wird mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu drei Jahren bestraft. Bei mildernden Umständen kann auf Geldstrafe bis zu 5000 Mark erkannt werden.

Als die Krupp-Affäre im Reichstag zur Sprache kam, erklärte der Kriegsminister bekanntlich, daß die Vorfälle sich nicht als Landesverrat darstellen, offenbar, weil das seitherige Gesetz nicht genügte. Durch diesen neuen § 5 würde die Handlungsweise der Angestellten der Firma Krupp, die militärische Geheimnisse auskundschafteten im Profitinteresse ihrer Firma, unter allen Umständen zu fassen und eventl. mit drei Jahren Freiheitsstrafen zu ahnden sein.

Auch der § 8 enthält eine ganz ungeheuerliche Bestimmung. Er führt nämlich aus, daß mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu einem Jahre oder Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft werden kann, wer in einer Festung, einem Reichskriegshafen oder einer anderen militärischen Anlage einem Beamten oder einer Militärperson eine unrichtige Angabe über seinen Namen, sein Stand, sein Gewerbe, seinen Wohnort oder seine Staatsangehörigkeit macht, wenn nicht nach den Umständen die Annahme ausgeschlossen ist, daß der Aufenthalt an dem Ort mit landesverräterischen Zwecken zusammenhängt. Dann wird bestimmt:

„Einer Festung, einem Reichskriegshafen oder einer anderen militärischen Anlage steht gleich der amtlich bekannt gemachte Sicherungsbereich sowie Plätze, wo Gegenstände für die Bedürfnisse der militärischen Kriegsmacht hergestellt, ausgebessert oder aufbewahrt werden.“

In die Praxis übersetzt, würde das bedeuten, daß ganz Deutschland einem einzigen Festungsrayon gleichgeachtet wird; denn diese Vorschrift würde auch auf Orte zutreffen, in denen sich eine Scheune befindet, in der Fourage für die Heeresverwaltung aufbewahrt wird. Die Fassung dieser Bestimmung ist derart kautschukartig, daß wohl nur wenige Orte in Deutschland nicht unter diese Vorschriften fallen würden. Man denke nur daran, daß einer Festung auch Plätze gleichstehen, wo Gegenstände für die inländische Kriegsmacht ausgebessert werden!

Eine weitere Bestimmung, die sich gegen die Presse richtet, findet sich in dem § 12, der Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr oder Geldstrafen bis zu 1000 Mark androht für den Fall, daß über schwebende amtliche Ermittelungen wegen eines Verbrechens oder Vergehens gegen dieses Gesetz ohne Erlaubnis der die Ermittelungen leitenden Behörde Mitteilungen in die Oeffentlichkeit gelangen. Unter Umständen könnte schon die Meldung der Tatsache, daß ein Spion verhaftet worden sei, etwa weil er photographiert habe, nach § 12 dieses Gesetzes mit strenger Strafe geahndet werden.

Der Heeresverwaltung war die Kritik an ihren Einrichtungen seit langer Zeit unbequem, und nachdem in der letzten Zeit eine Menge Spionagefälle vorgekommen sind, so daß die Erhöhung und Verschärfung der Strafe

scheinbar gerechtfertigt ist, glaubt man offenbar, diese Gelegenheit benützen zu sollen, auch der Presse einen Maulkorb anzulegen, um zu verhüten, daß Dinge an die Oeffentlichkeit kommen, die der Militärverwaltung unangenehm sind. Der Reichstag wird dieses Gesetz genau zu prüfen haben und dafür sorgen müssen, daß diese kautschukartigen Bestimmungen unter allen Umständen entfernt werden.

Aus dem Seniorenkonvent des Reichstages.

Der Seniorenkonvent des Reichstages beriet am Mittwoch über die Einteilung der Geschäfte in nächster Zeit. Da in der kommenden Woche von den verschiedenen Parteien Abgeordnete, die als Wahlmänner bei den preußischen Landtagswahlen fungieren, nicht anwesend sein können, kam man überein, daß nicht nur am 2. und 3. Juni die Sitzungstage ausfallen, sondern daß die ganze Woche vom 2. bis 9. Juni freibleibt. **Am 10. Juni** soll dann die **zweite Lesung** der Militärvorlage im Plenum beginnen. Es sollen auch bald Wahlprüfungen auf die Tagesordnung gesetzt werden. Ferner entschied sich der Konvent dahin, daß die Budget-Kommission künftig von 10 bis 2 Uhr tagen soll, um mit den Arbeiten vorwärts zu kommen, und daß dann die Plenarsitzungen um 2 Uhr beginnen.

Zu den Wehr- und Deckungsvorlagen.

Die „Kölnische Zeitung" tritt der Annahme entgegen, daß man im Sommer mit Naturnotwendigkeit zur Deckung der Wehrvorlage zur Erbschaftssteuer kommen werde. Das Blatt erklärt, die Liberalen dürfen und werden aus der schnellen Verabschiedung der Wehrvorlage keinen Zwang schmieden, die Erbschaftssteuer anzunehmen. Sie werden die Regelung der Besitzsteuer im Sommer mit derselben Unbefangenheit zu beurteilen haben, wie sie es jetzt tun. Es wird sich kaum ein Ausweg finden lassen, auf dem sich die Parteien, die die Wehrvorlage zu bewilligen haben, auch bei der Deckung zusammenfinden. Da erscheint als Ausweg die Erbzuwachssteuer, die ebenso gut dem grundsätzlichen Standpunkt der Parteien der Linken gerecht wird, wie sie die Bedenken der Parteien der Rechten berücksichtigt.

Zu demselben Thema erklärt die „Kölnische Volkszeitung": Es scheint, als ob die Linke keinerlei Rücksicht auf die Wünsche der Rechten nehmen und darum die Wehrvorlage nicht bloß in der Kommission in zweiter Lesung erledigen, sondern auch im Plenum verabschieden will, ohne Rücksicht darauf, ob eine Einigung und Entscheidung der bürgerlichen Parteien über die Deckungsvorlage erfolgt ist. Man hätte auch im Zentrum gegen eine zweite Lesung in der Kommission und im Plenum des Reichstages nichts einzuwenden gehabt, wenn inzwischen eine Einigung der bürgerlichen Parteien über die Deckungsfrage erzielt worden wäre. Solange aber diese Einigung nicht vorhanden ist, solange nicht feststeht, daß eine Besitzsteuer von den bürgerlichen Parteien eingebracht und angenommen werden wird, wird der Grundsatz „Keine Ausgabe ohne Deckung!" vom Zentrum mit der äußersten Konsequenz durchgefochten werden. Das Zentrum wird mit allen parlamentarischen Mitteln diesen Grundsatz zur Geltung zu bringen suchen.

Die „Rhein.-Westfäl. Ztg." bringt in ihrer Mittwoch-Mittag-Ausgabe einen umfangreichen Artikel aus der Feder eines angeblich Eingeweihten aus dem Zentrum. Ausgehend von der durch die Erklärung des Abg. Speck geschaffenen Situation wird dargelegt, daß der süddeutsche Flügel des Zentrums unter Führung der „Augsburger Postzeitung" Oberwasser gewonnen habe. Die „Rhein.-Westfäl. Ztg." fügt den Betrachtungen, die in eine scharfe Beurteilung des süddeutschen Zentrums ausklingen und die nur noch einigen Trost in dem Artikel von Bachem im Scherlschen „Tag" finden, folgende Bemerkung an: Was nun angesichts der offenen Wahrnehmungen über die Zentrumsfraktion aus der 2. Lesung der Vorlage werden wird, das kann auch Herr Erzberger nicht sagen. Die Regierung aber könnte frühere Versäumnisse mit durchgreifender Entscheidung zum großen Teile gutmachen, wenn sie nämlich sich für ihre Gesetzesvorlagen und für die sofortige Annahme der Wehrvorlage und gleichzeitige Erledigung der Deckungsvorlage einsetzte, und die gemeinsame Weisheit der Herren Bassermann und Erzberger, von der gegenwärtig Wunder versprochen werden, würde schnell zu einer annehmbaren Einigung führen. Über die Deckung können die „Ewig-Parteilichen" sich dann noch genug streiten, und das Zentrum wird namentlich in seinen rückschrittlichen Elementen bedauern, durch seine Zänkereien diesen Ausgang provoziert zu haben. Das ist keine Frage.

Gesetz über die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer.

Im „Reichsanzeiger" vom 28. Mai wird das Gesetz über die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer veröffentlicht. Es hat nachstehendin Wortlaut:

§ 1. Die Beihilfen für unterstützungsbedürftige Kriegsteilnehmer aus dem Feldzug von 1870/71 und aus den von den deutschen Staaten vor 1870 geführten Kriegen — Gesetz wegen Abänderung des Gesetzes vom 23. Mai 1873, betreffend die Gründung und Verwaltung des Reichsinvalidenfonds, vom 22. Mai 1895, Reichsgesetzblatt S. 237, Artikel 13, III und IV und Gesetz, betreffend die Entlastung des Reichsinvalidenfonds, vom 9. Juni 1906, § 2 — werden auf den Betrag von 150 Mk. jährlich erhöht.

§ 2. Den Witwen der Beihilfeempfänger werden die Bezüge der Verstorbenen für die auf den Sterbemonat folgenden drei Monate belassen. Die Zahlung erfolgt im Voraus in einer Summe.

§ 3. Die Beihilfen werden bei vorliegender, nicht nur auf vorübergehender Ursache beruhender Unterstützungsbedürftigkeit unabhängig von dem Nachweis der Erwerbsunfähigkeit gewährt. Bei der Prüfung der wirtschaftlichen Lage sind Zuwendungen Dritter nur insoweit zu berücksichtigen, als sie auf rechtlicher Verpflichtung beruhen. Bei Feststellung der Fürsorgewürdigkeit hat das politische Verhalten der Kriegsteilnehmer außer Betracht zu bleiben.

§ 4. Anwartschaft auf Bewilligung der Beihilfen haben unter sonst gleichen Voraussetzungen auch diejenigen Reichsangehörigen, die infolge ihrer früheren Staatsangehörigkeit in französischen Diensten in oder vor den Jahren 1870/71 an kriegerischen Unternehmungen teilgenommen oder in dänischen Diensten die Kriege von 1848/1850 oder 1864 mitgemacht haben. Gleichartige Zuwendungen anderer Staaten kommen auf die gesetzlichen Bezüge in Anrechnung.

§ 5. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Oktober 1913 in Kraft.

Gegen Lockspitzelei.

Der Landrat des Kreises Liegnitz erläßt im dortigen Kreisblatt eine Verfügung, in der die Polizeibehörden angewiesen werden, bei der Aufdeckung von Vergehen und Verbrechen sich nur zulässiger Mittel zu bedienen und jede Beeinflussung zu unterlassen. „Die Polizeibeamten", so heißt es u. a. in der Bekanntmachung, „sind darauf hinzuweisen, daß es unter allen Umständen unzulässig ist, entweder selbst oder durch dritte — sei es gegen Entgelt oder ohne Entgelt — Personen zur Begehung strafbarer Handlungen zu veranlassen oder zu veranlassen suchen, um dadurch einen bestehenden Verdacht gegen jemanden bestätigt zu erhalten. Beamte, die gegen diese Anordnung verstoßen, sind in jedem Falle streng zu bestrafen und im Wiederholungsfalle aus dem Amte zu entlassen.

Daß eine solche Verordnung 1913 noch erlassen werden muß, ist kennzeichnend für preußische Polizeiverhältnisse.

Zur preußischen Landtagswahl.

Im Wahlkreise Torgau-Liebenwerda würde es, falls alle Wahlmänner zur Wahl gingen, sicher zur Stichwahl zwischen Konservativen und vereinigten Liberalen kommen, wobei die Sozialdemokraten den Ausschlag geben würden. Eine am Sonntag in Torgau abgehaltene Kreiskonferenz der Distriktsleiter beschloß aber mit zwei Stimmen Mehrheit, daß unsere Wahlmänner sich überhaupt nicht an der Wahl beteiligen sollen. Aus verschiedenen Orten im Wahlkreise wird gemeldet, daß Arbeiter wegen sozialdemokratischer Stimmabgabe aus Kriegervereinen ausgeschlossen wurden.

Die Besoldungsreform in Elsaß-Lothringen.

Gleich nach Eröffnung des neuen Landtages unterbreitete die Regierung dem Parlament eine Besoldungsreform, an der die beiden Kammern nahezu zwei Jahre gearbeitet haben. Mehrmals schon drohte die Vorlage zu scheitern. Die zweite Kammer stimmte einer Erhöhung der Gehälter der unteren und mittleren Beamten zu, während an den Gehältern der höchsten Beamten Abstriche gemacht wurden. Dem widersetzte sich die Regierung und die erste Kammer. In der Dienstagssitzung unterbreitete die Budgetkommission nun dem Plenum einen Kompromißantrag, dem alle Parteien mit Ausnahme der Lothringer zustimmten. Danach erhalten die Unterbeamten eine Erhöhung ihrer Gehälter, während an den höheren Gehältern einige Abstriche gemacht werden. Derjenige Punkt, an dem das Gesetz zu scheitern drohte, die Abstriche an den Ministergehältern, wurde in der Weise geregelt, daß die Gehälter geteilt werden, und zwar in pensionsfähige und nicht pensionsfähige. Die Lothringer und einige nationalistisch-klerikale Abgeordnete versuchten in letzter Minute noch, dem Gesetz, das gegenüber dem früheren Zustand eine wesentliche Verbesserung bringt, Schwierigkeiten zu machen, so daß der Zentrumschef alle Mühe hatte, seinen Fraktionsgenossen den Ernst der Situation und die Notlage der unteren Beamten plausibel zu machen. Unser Redner, Genosse Peirotes, erklärte die Zustimmung seiner Fraktion, die Positives leisten und die unteren Beamten nicht wegen der Halsstarrigkeit der Regierung und der ersten Kammer weiter Not leiden lassen wolle. Rein aus sozialen Gründen stimmen die Sozialdemokraten für das Gesetz. Wenn nicht das für die Unterbeamten erreicht wurde, was die Sozialdemokraten gewünscht hätten, so ist die Schuld in erster Linie dem größten Teil der Zentrumsfraktion und dem Lothringer Block zuzuschreiben. In der namentlichen Abstimmung wurde die Besoldungsreform, die dem Volke im Gegensatz zu Reformen in anderen Staaten keine Mehrbelastung bringt, mit 34 Stimmen bei 15 Enthaltungen angenommen.

In derselben Sitzung wurde die dritte Lesung der Teuerungszulagen an Beamte und Lehrer erledigt. Das Zentrum hatte eine Teuerungszulage für Geistliche in diese Vorlage hineingeschmuggelt. Von sozialdemokratischer Seite wurde zu diesen Geistlichen-Zulagen beantragt, die Mittel dafür sollen auf dem Wege kirchlicher Umlagen aufgebracht werden, die von den Mitgliedern der drei anerkannten Konfessionen in Form von Zuschlägen zu den direkten Steuern erhoben werden. Ferner hatte die sozialdemokratische Fraktion, um den Austritt aus der Kirche zu ermöglichen, beantragt, daß Mitglieder der Religionsgemeinschaften, die zu Protokoll des Bürgermeisters ihren Austritt aus der Kirche erklären, vom 1. April des folgenden Jahres ab von der Entrichtung dieser Kirchensteuer befreit sein sollen. Diese sozialdemokratischen Anträge wurden mit 36 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Darauf wurden dann die Teuerungszulagen für Beamte, Lehrer und Geistliche angenommen.

Dänemark.

Das Ministerium Berntsen hat den Wunsch ausgedrückt, daß recht bald der neugewählte Reichstag zusammentreten möge, damit es dann seine Demission einreichen könne. — Hier möchten also die Minister so bald wie möglich von ihren Posten los, nachdem sie die Mehrheit der Völker nicht mehr hinter sich haben. In Deutschland liegen die Verhältnisse bekanntlich anders.

Österreich-Ungarn.

Die Mandate des Genossen Schumeier. Für das Reichsratsmandat des ermordeten Wiener Abgeordneten Genossen Schumeier ist Genosse Mathias Eldersch als Kandidat aufgestellt, der bereits von 1901 bis 1911 dem Parlament angehört hat, aber bei den letzten allgemeinen Wahlen in seinem schlesischen Wahlkreise den nationalen Wahlschwindeleien und dem Unternehmerterrorismus erlegen ist. — Für das Landtagsmandat des Genossen Schumeier wurde Genosse Georg Emmerling, der leitende Verwaltungsbeamte der Wiener „Arbeiter-Zeitung" aufgestellt.

Belgien.

Die Heeresreform in zweiter Lesung angenommen. Die Kammer hat die Heeresreform in zweiter Lesung mit 104 gegen 62 Stimmen bei drei Stimmenenthaltungen angenommen.

Balkan.

Einen scharfen Rasenstüber hat der englische Minister Grey den Vertretern der Balkanstaaten erteilt, die sich weigern, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Hoffentlich hat dieser Schritt den gewünschten Erfolg.

Aus Sofia kommt die Nachricht, daß in Athen Verhandlungen zwischen Bulgaren und Griechen, in Sofia serbisch-bulgarische Verhandlungen stattfinden sollen.

Einem offiziellen Telegramm zufolge, das in London einging, werden der serbische und der griechische Ministerpräsident nächsten Sonnabend an der Grenze eine Zusammenkunft haben, um sich über die serbisch-bulgarische Lage zu besprechen. Eine Bestätigung des Gerüchts von einem serbischen Ultimatum ist in London nicht eingetroffen. Man hofft, daß es den beiden Ministerpräsidenten gelingt, eine versöhnliche Lösung zu finden.

Aus Lübeck und Nachbargebieten

Donnerstag, 29. Mai.

Achtung Zentralverband der Zimmerer Deutschlands Zahlstelle Lübeck! Über die Arbeiten der hiesigen Bau deputation (Staatsplatz) ist wegen Nichtanerkennung der hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen die Sperre verhängt. Die Tarifkommission.

Mehr Polizei! Die großen Brände, welche in den letzten Wochen die Bevölkerung Lübecks beunruhigten, haben anscheinend auch die Polizeibehörde sehr nervös gemacht. Denn nur daraus ist die Vorlage des Senats auf Anstellung von 24 Hilfsschutzleuten, für welche im ersten Jahr 32600 Mark aufgewandt werden sollen, zu erklären, die gestern den Bürgerausschuß beschäftigte. In dem bezüglichen Senatsdekret heißt es:

> In Anlaß der in der letzten Zeit in Lübeck vorgekommenen großen Brände hat das Polizeiamt in seinem Berichte vom 26. Mai 1913 auf die Notwendigkeit hingewiesen, die zur Wahrnehmung des polizeilichen Sicherheitsdienstes in der Stadt und den Vorstädten verfügbare Zahl von Schutzleuten, die schon seit Jahren als zu gering erkannt sei, zu verstärken. Die Behörde hat sich einen ausführlichen Bericht und bestimmte Anträge in dieser Richtung für das nächste Rechnungsjahr vorbehalten, es dagegen als unbedingt erforderlich bezeichnet, schon jetzt in dem im Stadtgebiete zu Lagerplätzen verwandten Gelände einen polizeilichen Aufsichtsdienst einzurichten und zu diesem Zwecke zunächst 24 Hilfsschutzleute einzustellen. Dadurch werden für die Zeit vom 1. Juni 1913 bis zum 31. März 1914 Kosten im Betrage von 32600 Mark entstehen. Das Polizeiamt hat die Bewilligung dieser Mittel beantragt, dabei jedoch darauf hingewiesen, daß die beteiligten Kreise voraussichtlich zu den Kosten beitragen würden. Der Senat hält unter den obwaltenden Umständen die Aufwendung der beantragten Mittel im Interesse der Schaffung einer erhöhten Sicherheit an den besonders gefährdeten Plätzen der Stadt für geboten und beabsichtigt daher zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft zu stellen: daß das Polizeiamt ermächtigt werde, zur Einstellung von 24 Hilfsschutzleuten vom 1. Juni 1913 ab einen Betrag bis zu 32 600 Mark, soweit erforderlich und Rechnungsablage vorbehalten, aufzuwenden, und daß diese Summe aus den im Abschnitt XIX für das Rechnungsjahr 1913 vorgesehenen Mitteln zur Verfügung gestellt werde.

Anscheinend ist der Senat und die Polizeibehörde der Meinung, daß die Brände der Holzläger nicht erfolgt wären, wenn Lübeck mehr Schutzleute gehabt hätte, als das tatsächlich der Fall ist. Anders hat doch die 24-Schutzleute-Vorlage keinen Sinn. Es ist wohl angebracht, daran zu erinnern, daß noch im März d. J. der Leiter des Polizeiamts, Senator Dr. Neumann, folgende durchaus zutreffende Ansicht aussprach, als das Bürgerschaftsmitglied Henck meinte, der Mord auf der Kücknitzer Chaussee wäre nicht passiert, wenn auf dem Lande stationierte Schutzleute vorhanden wären: „Es ist ganz unmöglich, daß der Schutzmann überall da, wo solche kritischen Momente eintreten, gerade zur Stelle sein sollte. Immer wird es nur das Ergebnis eines Zufalles sein, wenn einmal eine solche Tat durch das Dazwischenkommen eines Schutzmannes verhindert wird. Ich stehe also auf dem Standpunkt, daß es gar nicht möglich ist, weder in der Stadt noch auf dem Lande, einen so stark organisierten Sicherheitsdienst zu halten, daß solche bedauernswerten und beklagenswerten Taten nicht vorkommen können."

Diese Worte treffen genau so wie auf den Mord auf die Brandstiftungen und Brände zu. Also, obwohl der Leiter des Polizeiamts davon überzeugt ist, daß ein Sicherheitsdienst, der solche Verbrechen verhindern könnte, gar nicht möglich ist, fordert doch der Senat die Anstellung von 24 Schutzleuten und damit eine große Belastung des Budgets. Die Bürgerschaft, die diesem Antrag zustimmt, würde die Interessen der Steuerzahler sehr schlecht wahren. Hinzu kommt noch, daß diese Schutzleute überhaupt nicht in der Lage sind, vorbeugend bei Brandstiftungen zu wirken, da sie doch wahrscheinlich nicht als Nachtwächter für private Holzlägerplätze, sondern zur Verstärkung des allgemeinen Sicherheitsdienstes verwendet werden sollen. Das Feuer auf dem Sägewerk von Boldt, das am hellen Sonntagnachmittag ausbrach, obwohl der Wächter kurz vorher die Stelle, an welcher der Brand zuerst bemerkt wurde, kontrolliert hatte, zeigt, daß auch die aufmerksamste Bewachung nicht vor Verbrechen schützt. Sollte das durch die Anstellung von weiteren Schutzleuten anders werden? Das glaubt doch wohl im Ernst niemand.

Nun sollen sich, nach dem Bericht des Polizeiamts, die beteiligten Kreise, das sind wohl die Besitzer der Holzläger, bereit erklärt haben, zu den Kosten der Schutzmannsvermehrung beizutragen. Das kann natürlich nur freiwillig geschehen. Die Erfahrung hat jedoch gelehrt, daß solche freiwillige Beiträge in der Regel nicht lange gewährt werden; in wenigen Jahren hat der Staat die ganzen Lasten zu tragen.

Es gibt wohl keinen gesitteten Menschen, der nicht die großen Feuersbrünste der letzten Zeit lebhaft beklagen und den Wunsch hegen würde, daß es bald gelingt, den Brandstifter zu fassen. Aber zur Vermehrung der Schutzmannschaft um 24 Mann liegt keine nur halbwegs genügende Begründung vor. Wenn trotzdem der Bürgerausschuß gestern den Senatsantrag gutachtlich befürwortet hat, so wird die Bürgerschaft ihn hoffentlich mit Entschiedenheit ablehnen.

Für die kleinen Beamten ist wieder nichts übrig! Wiederholt ist von der Bürgerschaft der Wunsch geäußert worden, die Gerichtsdiener fest anzustellen. Der Senat hatte unter dem 12. März dieses Jahres eine Vorlage an den Bürger-

ausschuß gebracht, wonach von den neun vorhandenen Gerichtsdienern fünf mit einem Gehalt von 1500 Mark, steigend bis 2200 Mark, erreichbar in 21 Jahren, angestellt werden sollten. Die übrigen vier Stellen sollten außenzu bleiben. Diese Vorlage bedeutete insofern eine Verschlechterung der bestehenden Verhältnisse, als danach das Höchstgehalt dasselbe geblieben wäre wie früher, nur daß es erst in 21 Jahren statt sonst in 18 Jahren erreicht würde. Ein Zeichen dafür, welches „Wohlwollen" in Senatskreisen für die unteren Beamten vorherrschend sein muß. Vom Bürgerausschuß wurde diese Vorlage nebst einem vom Genossen Hoff hierzu gestellten Abänderungsantrage zur Vorprüfung an eine Kommission verwiesen. Diese konnte sich natürlich nicht dazu verstehen, die Beamten schlechter zu stellen wie früher. Auch konnte sie es nicht für gerechtfertigt erachten, einen Teil der Gerichtsdiener, die bisher gleichgestellt waren, zu bevorzugen; sie beantragte daher:

Der Bürgerausschuß wolle den Senatsantrag in der nachstehenden abgeänderten Fassung gutachtlich zur Mitgenehmigung durch die Bürgerschaft empfehlen: 1. daß die vorhandenen neun Gerichtsdienerstellen unter Einziehung der mit den neun Gerichtsdienern besetzten und pensionsberechtigten Hilfsarbeiterstellen mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1913 an in etatsmäßige Stellen umgewandelt werden, 2. daß diese Stellen einer im Beamtenbesoldungsetat vom 18. Februar 1911 neu einzurichtenden Gehaltsklasse A II a mit einem Gehalt von 1600 Mark, steigend 3mal um je 120 Mark und 4mal um je 110 Mark bis 2400 Mark, zugeteilt werden, 3. daß die hierdurch für das Rechnungsjahr 1913 erforderliche Summe von 730 Mark auf Abschnitt XIX der Ausgabenseite des Voranschlages für das Rechnungsjahr 1913 angewiesen wird. 4. daß mit dem künftigen Ausscheiden etatsmäßiger Gerichtsdiener die Zahl der etatsmäßigen Gerichtsdienerstellen beim Amtsgericht auf drei und beim Landgericht auf zwei eingeschränkt wird.

Dieser Antrag hätte für das Rechnungsjahr 1912 eine Mehrausgabe von 730 Mark bedingt, eine Summe, die zwanzig- und mehrmal für allerlei Sportfexereien aus dem Fenster geworfen wird, also garnicht in Betracht kommen könnte. Der Bürgerausschuß, der sonst in seiner Mehrheit für Pferderennen, Luftschifferei und dergl. immer sehr bewilligungslustig ist, lehnte gestern jedoch die von seiner Kommission gemachten Vorschläge ab, anscheinend, weil sonst befürchtet werden könnte, die Leute würden bei den gering erhöhten Gehältern zu üppig. Selbst ein von Dr. jur. E. Meyer gestellter Antrag, der Ziffer 1 des Kommissionsantrages folgende Fassung zu geben:

1. daß unter Einziehung von sieben der mit Gerichtsdienern besetzten und pensionsberechtigten Hilfsarbeiterstellen von den vorhandenen neun Gerichtsdienerstellen sieben mit rückwirkenden Kraft vom 1. April 1913 an in etatsmäßige Stellen umgewandelt werden

fand nicht Gnade vor den Augen der Erstklassigen. Schließlich lehnte der Bürgerausschuß auch die Empfehlung des unveränderten Senatsantrages ab und gab der Wortführer zur Begründung an:

Der Bürgerausschuß hat die Empfehlung des Senatsantrages abgelehnt, weil er den Gerichtsdienern eine Verbesserung ihrer Gehaltsverhältnisse nicht bringt, eine Erhöhung der vom Senat vorgeschlagenen Gehaltssätze aber für die Besoldungsverhältnisse der Hilfsarbeiter Folgerungen nach sich ziehen könnte, die zurzeit nicht zu übersehen sind und vor Erledigung der Verwaltungsreform jedenfalls nicht verantwortet werden können.

Es bleibt also somit alles beim Alten und die Gerichtsdiener mögen den Schmachtriemen nur etwas enger schnallen. Nach Ansicht des Senates und der Mehrheit des Bürgerausschusses scheint die allgemeine Teuerung für die Beamten mit den kleinen Gehältern nicht so fühlbar zu sein, wie bei denen mit den großen Gehältern. Das zeigte sich schon bei der letzten Neuregulierung des Beamtenbesoldungsetats; auch dort hieß es, nach oben mit Scheffeln, nach unten mit Löffeln, und möglichst kleinen. Hoffentlich ziehen die Beamten die rechte Lehre daraus. Um aber den Bürgerausschuß wenigstens in etwas zu trösten und ihn dafür zu entschädigen, daß er in diesem Falle 730 Mark gespart hatte, brachte der Senat noch eine eilige Vorlage, durch die für die Anstellung von 24 Hilfsschutzleuten der Betrag von 32 600 Mark für das Rechnungsjahr, mit der Aussicht, daß sich diese Summe später noch vervielfacht, gefordert wurde. Diese Vorlage wurde in Bausch und Boden geschluckt. Wir kommen hierauf noch an anderer Stelle zurück.

Der Bürgerausschuß verwies in seiner gestrigen Sitzung den Senatsantrag auf Beschaffung eines Motor-Fährbootes für die Struckfähre an eine fünfgliedrige Kommission. Mitgenehmigt wurde die vom Senat beantragte Wiederherstellung des Bohlwerks an den Vorwerker Wiesen. Dabei wurde ein Ersuchen an den Senat gerichtet, wonach der Einbau von Dampfspritzenvorrichtungen in den drei dem Staate gehörigen Kanalschleppdampfern und den Schleppdampfern „Neptun" und „Delvenau" in Erwägung gezogen werden soll. Für die Verbesserung des Weges von Travemünde nach Niendorf wurden 1 500 Mk. bewilligt. Mitgenehmigt wurde der Austausch von kleinen Landflächen an der Ziegelstraße sowie die Wiederherstellung der Wallanlagen gegenüber dem Boldtschen Sägewerk mit einem Kostenaufwand von 900 Mk.

b. **Das Seeamt** beschäftigte sich heute vormittag zunächst mit dem Unfall des 52jährigen Schiffskochs Hermann Schmidt, der auf dem Dampfer „Stadt Lübeck" am 6. Mai ums Leben kam. Das Schiff fuhr unter dem Kommando des Kapitäns Beeth von Lübeck über Danzig nach Memel; die Deckslast bestand aus Oel- und Sirupfässern. Zwischen der Deckslast und der Reeling war genügend Zwischenraum gelassen, auch ein Notreeling war vorhanden. Auf dem Dampfer ist der Schiffskoch Schmidt seit 17 Jahren angemustert. Er wird als ein sehr ruhiger, nüchterner und tüchtiger Mensch geschildert, an dem niemals Zeichen der Schwermut gefunden und der gerade seiner guten Eigenschaften wegen als die rechte Hand des Kapitäns bezeichnet wurde. Die schwere See, die schon tags zuvor ein heftiges Schwingern des Schiffes zur Folge hatte, war im Abflauen begriffen. Gegen 7 Uhr abends wollte ein Matrose das Abendessen holen, mußte jedoch dabei wahrnehmen, daß der Koch fehlte. Es wurden sofort Nachforschungen nach dem Verbleib des Kochs angestellt, und als diese kein Ergebnis zeitigten, wurde das Schiff umgedreht und der Kapitän ließ den Dampfer etwa eine Stunde den gleichen Kurs rückwärts nehmen. Auf dem Fockmast wurde ebenfalls scharf Auslug gehalten, doch konnte von dem Verunglückten keine Spur mehr entdeckt werden. Um ½7 Uhr war Schmidt noch auf der Kommandobrücke, wo sich der Eisschrank befand, gesehen worden. Der Kapitän nimmt an, daß er beim Heruntergehen verunglückt ist oder an der Reeling vom Schwindel befallen wurde, denn an ein freiwilliges Aus-dem-Leben-Scheiden glaubt von der Besatzung niemand. Der Unfall geschah etwa 10 Meilen östlich der Stolper Bank. Der Spruch des Seeamts geht dahin, daß das Unglück auf einen unglücklichen Zufall zurückzuführen ist. Die Besatzung trifft keine Schuld, die Einrichtungen des Schiffes waren vorschriftsmäßig. Anzeichen, daß Schmidt sich das Leben genommen hat, liegen nicht vor. Er ist vielleicht ausgeglitten und niemand hat sein Verschwinden bemerkt. Allerdings hat die Reeling nur 95 Zentimeter Höhe, während sie bei den Schiffen, die nach 1909 erbaut werden, 1,10 Meter betragen muß. Das Schiff ist jedoch schon 1884 erbaut und entspricht den Vorschriften. Es wäre auch noch zweifelhaft, ob eine höhere Reeling den Unfall verhindert hätte. — Im zweiten Fall handelt es sich um den Hamburger Dampfer „Askania", der auf der hiesigen Werft zur Reparatur lag und zwecks Kompaßregulierung am 15. März um den Deviationspfahl geschleppt wurde. Hilfe leisteten die beiden Schleppdampfer „Helgoland" und „Tau". Als die Arbeit bereits beendet war, stieß „Askania" mit dem Heck an den Deviationspfahl und brach einen Schraubenflügel, wodurch ein Schaden von 4000 Mk. entstand. Das Schiff ist etwa 300 Fuß lang, hatte hinten etwa 7½ Fuß Tiefgang und erhob sich 14 Fuß aus dem Wasser; es stand unter Leitung eines Zwangslotsen, doch befand sich auf dem Dampfer auch der Reeder und früherer Kapitän Görtz, der den Zwangslotsen zum Teil verantwortlich macht. Es habe starker böiger Wind geherrscht, der den Dampfer mit der Leeseite an den Pfahl gedrückt habe. Notwendig sei es nicht gewesen, die Probe gerade an diesem Tage vorzunehmen, Einspruch dagegen sei jedoch von keiner Seite erfolgt. Die „Askania" gab beim Abbringen „Fahrt voraus", es wurde zwar sofort wieder gestoppt, doch war es zu spät. Da die Leine des hinteren Schleppers steif war, wurde das Abbringen des Schiffes nach Steuerbord verhindert. Der Spruch des Seeamtes lautet: Der Unfall ist passiert durch den starken Wind, sowie dadurch, daß der Lotse zu früh den Dampfer hat vorwärts gehen lassen. Er hätte warten müssen, bis das Schiff durch den Wind abgetrieben worden wäre. Feststellen läßt sich nicht, ob die Lage des Schiffes der Windrichtung entsprach, als der Befehl des Lotsen gegeben wurde. Die Trosse des Dampfers „Tau" war zeitweilig zu straff, doch ohne feste Absicht. Beigetragen hat dieses Moment, das Schiff gegen den Pfahl zu drücken. Der Unfall häte vermieden werden können, wenn der Lotse dafür gesorgt hätte, daß der Dampfer von dem Wind abgetrieben worden wäre. Die Besorgnis des Lotsen, das Schiff wäre in diesem Falle auf Grund geraten, ist nicht begründet.

Straßensperre. Wegen vorzunehmender Sielbauarbeiten ist die Straße Fünfhausen am Donnerstag, den 29. d. M., für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

Viehimport aus Dänemark. In der Woche vom 18. bis 24. Mai betrug die Einfuhr dänischer Rinder in den Quarantäneanstalten Apenrade 1450, Flensburg 265, Kiel 315, Lübeck 1190, Rostock 350, Altona 354, im ganzen 3824 Stück. Davon über Kolding 2010 Stück. — In geschlachtetem Zustande wurden 675 Stück Großvieh, 280 Kälber und 45 Schafe von Dänemark nach hier versandt.

pb. **Fahrraddiebstahl.** In der Nacht vom 28./29. d. M. ist vom Hofe des Grundstücks Fackenburger Allee 1a ein Fahrrad mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, sehr hohem Rahmenbau, nach oben gebogener Lenkstange, schwarzen Schutzblechen und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 9307 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Beide Räder waren mit noch gut erhaltenen Gebirgsreifen versehen.

Lübecker Sommertheater in den Stadthallen. Man schreibt uns: Gestern fand wiederum bei vollem Hause mit großem Erfolg die Wiederholung der reizenden Operette „Mamzelle Nitouche" statt. Die Spitzenvariationen wurden diesmal von der 1. Solotänzerin Frl. Li-Mann mit besonderer Bravour und Grazie getanzt. Auf die Vorstellung „Die Generalsecke", worin das ganze Personal beschäftigt ist, sei besonders aufmerksam gemacht. Die Hauptrollen werden dargestellt von den Herren Hoß, Heydecker, Schürer, Wallis, Göbel, Ambronn und den Damen Wuttke, Heydecker, Riccardo, Reichard, Kaps, Bally, Pestel.

Öffentliche Trinkerfürsorgestelle Lübeck (Parade 1). Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 30. d. M., abends 6—7 Uhr.

---

w. **Mölln.** Da kommt das Militär ... Nach Berichten und Bekanntmachungen im Neuigkeitskasten der „Möllner Zeitung" soll durch die neue Wehrvorlage ein langgehegter Wunsch bestimmter hiesiger Kreise in Erfüllung gehen: Mölln soll Militär, soll eine Unteroffizierschule erhalten. Der Reichstagsabgeordneter für den Kreis, Dr. S. Heckscher, hat es dem hiesigen Magistrat telegraphisch mitgeteilt. Freude herrscht in Trojas Hallen. — Die erforderlichen Kasernements kommen am Güdowerweg zu liegen. — Die Stadt hat den Baugrund nebst Exerzierplätzen unentgeltlich herzugeben. — Wir geben zu, daß von denjenigen Kreisen, für deren Augen das bunte Tuch ein Stück Himmelreich bedeutet, die Nachricht freudig, ja enthusiastisch aufgenommen worden ist — ist doch für verschiedene die Aussicht für Versorgung vorhandener Töchter um 100 Prozent gestiegen — und wir geben auch zu, daß ein Teil unserer Geschäftsleute sich durch das Militär einen besseren Geschäftsgang verspricht; behaupten aber, daß in den weitaus größten Teilen der hiesigen Bewohner die Nachricht mit recht gemischten Gefühlen aufgenommen worden ist. Heute sind die Verhältnisse auch für das Militär andere geworden als zu der Zeit, zu welcher Mölln noch Garnisonort war. Was damals an Verbrauchsgegenständen bei Privatgeschäftsleuten gekauft wurde, muß und wird heute durch die Kantinen usw. selbst geliefert, sodaß aus dem flotten Geschäftsleben verdammt wenig werden wird. Hinzu kommt, daß heute, durch ganz bestimmte Kreise verursacht, der Militarismus viel anspruchsvoller geworden ist. Bedeutende Komplexe Land in nächster Nähe der Stadt, die heute durch mühevolle Arbeit als Gärten in Kultur gebracht worden sind, werden verbraucht und zu Exerzierplätzen hergerichtet werden müssen; Holzhuden — Plätze zum Bearbeiten und Trocknen des Brennholzes — werden verschwinden und neue Gelände sind trotz des großen Grundbesitzes der Stadt nur noch in beschränktem Umfange vorhanden. Die Spekulanten fühlen ihre Zeit gekommen, sie sehen ihren Weizen blühen und deshalb posaunt man in die Welt: Mölln muß Militär haben.— Soll das Wirtschaftsleben Möllns gehoben werden, so kann das nie und nimmer durch eine Garnison, sondern einzig durch Errichtung industrieller Betriebe geschehen, wie uns verschiedene Orte mit ähnlichen Verhältnissen wie Mölln zeigen, deren Siedelung man aber wegen des Kurortes hintenangehalten hat. Deshalb behaupten wir nochmals, daß die Botschaft nur von einem Teil der Bewohner Möllns freudig aufgenommen worden ist. — Vom Wasserwerk. Dienstag wurde in aller Stille eine Druckprobe am hiesigen Wasserwerk von der Pumpstation nach dem Wasserwerk vorgenommen; bei dem Hause des Bäckermeisters Wulfram, Bahnhofstraße, muß die Leitung undicht oder etwas geplatzt gewesen sein, ein Teil des Trottoirs hob sich, sodaß am Abend noch Arbeiter mit der Beseitigung des Schadens beschäftigt waren.

Hamburg. Mord und Selbstmord. Der in dem Hause Borgeschstraße Nr. 13 wohnende 35jährige Albert Gypurzer hat gestern abend die Tochter seiner Logiswirtin, die 22jährige Hedwig Schmidt, durch einen Schuß in den Hinterkopf getötet. Dann gab er auf sich ebenfalls einen Schuß ab und war auf der Stelle tot. Das Motiv der Tat ist Eifersucht.

Heide. Ein Großfeuer kam Dienstag abend 11 Uhr in der Eisengießerei und Maschinenfabrik von J. M. Voss in Rickelshof zum Ausbruch. Als die Feuerwehren erschienen, bildeten Formerei und Gießerei ein gewaltiges Flammenmeer. Mit großer Geschwindigkeit verbreitete sich das Feuer alsbald über das Modellager und dann über die Schlosserwerkstatt und die Schmiede. Der Schaden im Modellager ist besonders groß. Der rechte Flügel der Fabrik blieb vom Feuer verschont. Kontor und Zeichenzimmer brannten dagegen vollständig aus; die Bücher konnten jedoch in Sicherheit gebracht werden. Nach zweistündiger angestrengter Tätigkeit war das Feuer gelöscht. Den bedeutenden Schaden trägt die Landesbrandkasse, er wird auf über 100 000 Mark geschätzt. In der Fabrik arbeiten 60 Leute, die die Firma weiter beschäftigen kann, da das getrennt liegende gewaltige Maschinenlager vom Feuer verschont blieb.

Husum. Gewitterschaden. Während eines heftigen Gewitters schlug Dienstag morgen ein Blitzstrahl in den großen Hof von Jebe auf der Herrenhallig und zündete. Auch im Jahre 1878 ist der Hof durch einen Blitzstrahl eingeäschert und darauf nach seinem Wiederaufbau mit Blitzableitern versehen worden.

Stade. Aus dem Zuge entsprungen. Ein Obergefreiter und ein Marinesoldat sollten von Kiel aus einen unsicheren Heerespflichtigen nach Cuxhaven befördern, der dort in die Minensuchabteilung eingestellt werden sollte. Bei Dollern sprang der Deserteur aus dem fahrenden Zug, schlug die Wagentür wieder zu und entkam im nahen Gehölz. Die Transporteure zogen sofort die Notleine und setzten, als der Zug hielt, dem Flüchtling nach, der aber entkam. — Bei einem schweren Gewitter, das Dienstag nachmittag über Kehdingen niederging, schlug der Blitz in Abbenfleth in das Gewese des Landwirts Peter Horwege ein und zündete. Das Gewese ist vollständig niedergebrannt.

Aus der Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 11 des fünften Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Preußenwahlen. — Vom subjektiven und vom objektiven Wert. — Die erste Sommerfrische. Von W. Bromme. — Der Kellnerlehrling. Von G. Staake. — Ein Wunderbau. Von Karl Okonsky. (Mit Abbildungen.) — Der Böttchermeister und der Mehrwert. Von A. Quist. — Aus der Jugendbewegung. — Vom Kriegsschauplatz. — Des Lehrlings Leidenschronik usw. — Beilage: Der Bankräuber. Von Hans Ludwig Rosegger. — Die Erhebung des preußischen Volkes im Jahre 1813. — Eine sozialistische Künstlerin. Von W. Hausenstein. (Mit Abbildungen.) — Die Technik des Wanderns. Von C. Biging. — O, yes. Eine Erinnerung von Fritz Müller.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

An die Vertrauenspersonen aller Arbeiterorganisationen.

Hinweisend auf die Beschlüsse mehrerer Parteitage, welche Euch zur Aufklärung der Arbeiter über die Alkoholgefahr verpflichten, fordern wir Euch auf, uns zu dieser Aufklärungsarbeit Gelegenheit zu geben, indem Ihr in Euren Organisationen Vorträge über dieses wichtige Thema halten laßt. Daß der Befreiungskampf der Arbeiterklasse durch den Trinkzwang und die Trinksitten ungemein erschwert wird, kann doch im Ernst heute niemand mehr bestreiten. Eine Unsumme Eurer ohnehin so mühsamen Arbeit ist nutzlos und vergeblich, weil der Boden hart und steinig ist, auf dem Ihr Eure Saat ausstreut. Unwissenheit, Energielosigkeit und Gleichgültigkeit, auch unter den organisierten Arbeitern, zwingen einzelne tatkräftige Genossen, neben ihrer Berufsarbeit Unmenschliches für ihre Organisation zu leisten und dadurch ihre geistige Vervollkommnung und ihre Familie zu vernachlässigen. Dabei ist zu bedenken, daß unsere Kämpfe nicht leichter, sondern von Jahr zu Jahr schwerer werden, und daß wir noch lange nicht am Ziel sind. Der Alkohol aber raubt der kämpfenden Arbeiterklasse Zeit, Geld und kampftüchtige Menschen. Darum Genossen, laßt uns Euch helfen, den Boden zu bereiten, auf dem Ihr dann säen und um so sicherer ernten könnt. Wir wollen weiter nichts von Euch, als daß Ihr es uns durch Euren Einfluß ermöglicht, auf die organisierten Arbeiter mit Wort und Schrift einwirken zu können. Wohl wissen wir, daß der Elendsalkoholismus eine Folge des wirtschaftlichen Elends der Arbeiter ist. Wir wissen aber auch, daß die Entscheidungsschlachten zur Beseitigung des Elends nur von Arbeitern geschlagen werden können, welche den Alkoholismus bereits überwunden haben.

Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 28. Mai.

Bauern-Butter Pfd. 1,15—1,20 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,30 Mk., Hasen 0,00 Mk., Enten 0,00—0,00 Mk Hühner 2,00—3,00 Mk., Küken Stück 1,00—1,40 Mk., Tauben Stück 60—70 Pf., Gänse Pfd. Pfg., Schinken Pfd. 1,20-1,25 Mk., Schweinskopf pr. Pfd. 60-70 Pfg., Wurst, geräuchert, Pfd. 1,30—1,60 Mk., Eier Stck. 6½—7 Pfg., Kartoffeln 10 Pfd. 40 bis 50 Pfg., Spargel 1. Sorte 60—70 Pf., 2. Sorte 40—50 Pf., 3. S. 25—30 Pfg., Blumenkohl der Kopf 40—50 Pfg., Kirschen, hiesige, Pfd. — Pfg., eingeschickte, Pfd. — Pf. **Lebende Süßwasserfische:** Schleie, Portionsschleie Pfd. 1,40, größere Pfd. 1,20 Mk., Karpfen, größere Pfd. —,— Mk., kleinere — Pfg., Aal, große Pfd. 1,00 Mk., mittlere Pfd. 60—70 Pfg., kleine Pfd. 50 Pfg., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Hechte, große Pfd. 40—50 Pfg., mittel 70 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg., Brachsen, gr. Pfd. 60—70 Pfg., kleine Pfd. 50 Pfg., Aland Pfd. 60 Pfg., Rotaugen, große Pfd. —,30 Pfg., kleine Pfd. 20 Pfg., Krebse Pfd. — Pfg. **Salzwasserfische:** Dorsche, lebende Pfd. — Pfg., frische Pfd. 30—00 Pfg., Butte, größere Pfd. 40 Pfg., kleinere 20—30 Pfg., Steinbutt, lebende Pfd. 60—80 Pfg.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige
8) Preise. U. a.:
Lederhosen . . . **2.20**—6.45
Maurerhosen . . **2.60**—6.75
Schlosserhosen . **1.88**—5.25
Überziehhosen . . **1.08**—2.35
Zwirn-Hosen . . **1.68**—3.25
leinene Jacken, schräge u. gerade, **1.28**, Kasen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von **30** Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Lubecam.**

Die

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.

empfiehlt ihre nachstehenden, nur aus

bestem Roggen- und Weizenmehl

und bei Berücksichtigung von nur **achtstündiger** Arbeitszeit ihrer Bäckerei-Gehilfen hergestellten Fabrikate, als:

Grob- u. Feinbrot, Gemengtes, Korinthenbrot

sowie alle sonstigen Backwaren.

3989

Ferner Platen- und Topfkuchen, braune Kuchen, braune und weiße Pfeffernüsse

in bekannter Qualität.

Unsere unten ca. 400 aufgeführten Niederlagen halten hiervon stets Lager, auch nehmen dieselben jederzeit Bestellungen entgegen.

In der Stadt:

Frau **Bohnhoff**, Kanalstraße 11.
G. Frost, Rosenstraße 2.
K. Korf, Rosenstraße 21.
H. Wille, Gr. Grövelgrube 10.
C. Meincke, Gr. Grövelgrube 55.
L. Kohl, Gr. Grövelgrube 63.
J. Krellenberg, Wakenitzmauer 5a
Frau **Rieckhof**, Wakenitzmauer 7a.
Ww. Schultz, Wakenitzmauer 23.
H. Blunck, Wakenitzmauer 80.
Ww. Scheel, Wakenitzmauer 96.
W. Schult, Wakenitzmauer 124.
W. Kröger, Wakenitzmauer 130.
J. Damm, Langer Lohberg 20.
Konsumverein, L. Lohberg 30/32.
C. Timm, Glockengießerstr. 16.
Frau **Berner**, Glockengießerstr. 22.
P. Witt, Glockengießerstr. 26.
Hansa-Meierei, Glockenstr. 39.
J. Bremer, Glockengießerstr. 54.
F. Schlieper, Glockengießerstr. 81.
F. Hoff, Glockengießerstr. 74.
W. Reimers, Glockengießerstr. 89.
A. Dibbert, Dünkenhagen 4.
C. Miehrke, Hundestraße 20.
H. Sachau, Hundestraße 29a.
H. Behrmann, Hundestraße 42.
K. Lender, Hundestraße 52.
B. Bockholdt, Hundestraße 61.
Frau **Schwart**, Hundestraße 79.
M. Jarmer, Hundestraße 89.
H. Straatmann, Rosengarten 4.
Frau **Schlichting**, Johannisstr. 53.
F. Meese, Johannisstraße 70.
Frau **Körner**, Schlumacherstr. 4.
H. Tews, Schlumacherstr. 39.
J. Beutien, Hüxstraße 42.
H. Schley, Hüxstraße 120.
J. Kasten, Balauerfohr 2.
E. Grützmacher, Balauerfohr 22.
A. Webling, Wahmstraße 48.
J. Lange, Wahmstraße 50/52.
W. Kruse, Wahmstraße 58.
K. Krohn, Wahmstraße 38.
H. Mein, Krähenstraße 9.
F. Hartmann, Krähenstraße 11.
A. Wetterich, Krähenstraße 32.
H. Busch, Krähenstraße 34.
H. Donalis, Stavenstraße 25.
H. Benecke, Stavenstraße 8.
J. Baars, Stavenstraße 41/3.
Ww. Grammersdorf, Aegidienstr. 14
Frau **Siems**, Aegidienstraße 24.
J. Börth, Weberstraße 26.
F. Jacobi, St. Annenstraße 22.
Ww. Langmaak, St. Annenstr. 30.
F. Trosiener, Mühlenstraße 57.
Frau **Metz**, Königstraße 48.
Konsumverein, Königstraße 113.
M. Prüss, Kl. Beubof 1.
H. Schlieper, Eisengrube 3.
G. Lütge, Eisengrube 9.
P. Winter, Hartengrube 11.
A. Prüss, Hartengrube 20.
J. Müller, Hartengrube 21.
Frau **Sievers**, Hartengrube 34.
F. Buschmann, Hartengrube 37.
P. Bloeß, Hartengrube 46.
Ww. Ulmitzer, Obertrave 24.
H. Klatt, Untere Querstraße 16.
J. Möller, Dankwartsgrube 32.
Frau **Marquardt**, Dankwartsgr. 65
Frau **Moß**, Dankwartsgrube 67.
R. Möller, Dankwartsgrube 69.
Ww. Böckmann, Marlesgrube 50.
H. Gosch, Marlesgrube 65.
A. König, Dankwartsgrube 24.
W. Schulze, Kl. Petersgrube 12.
F. Rogenstein, Untere Querstr. 12.
H. Feddern, Kl. Kiesau 8.
H. Siemers, Alfstraße 25.
F. Bohnsack, Grade Querstr. 2.
H. Stühff, Siebente Querstr. 9.
F. Dähn, Untertrave 9.
Frau **Kruse**, Untertrave 21.
Ww. Rachow, Untertrave 51.
F. Volkstädt, Beckergrube 33.
K. Peters, Böttcherstraße 9.
A. Vielhaak, Böttcherstraße 22.
Ww. Dieckmann, Böttcherstr. 32.
Frau **Berg**, Fünfhausen 18.
R. Jaacks, Kupferschmiedestr. 12.
H. Schmook, Kupferschmiedestr. 24
Frau **Schmidt**, Fischergrube 21.
H. Kelling, Fischergrube 42.
J. Koch, Fischergrube 90.
H. Düssler, Schwönekenquerstr. 8.
J. Resenhöft, Schwönekenquerst. 26
F. Wiezenty, Schwönekenquerstr. 28
Ww. Ehlers, Gr. Kiesau 3.
F. Meyer, Ellerbrook 12.
Frau **Schaeper**, Ellerbrook 4.
Frau **Rebien**, Engelsgrube 30.
Frau **Voß**, Engelsgrube 38.
A. Jaeschke, Engelsgrube 75.
C. Schlichting, Engelswisch 22.
H. Bleuss, Engelswisch 35.
W. Dreyer, Engelswisch 41.
H. Rehmann, Alsheide 4.
L. Koop, Alsheide 19.
E. Kähler, Burgtreppe 1.
Frau **Lucht**, Kl. Burgstraße 27.
P. Schönig, Gr. Burgstraße 37.

Vorstadt St. Lorenz:

P. Tisarzik, Schwart. Allee 79.
H. Westphal, Schwart. Allee 113.
J. Goidschmidt, Schwart. All. 173a
H. Schwarz, Schwart. Allee 191.
R. Drodt, Schwartauer Allee 223.
Ww. Steder, Josephinenstraße 3.
J. Arft, Marienstraße 6.
Konsumverein, Drögestraße 9.
H. Wulf, Drögestraße 11.
J. Dietz, Drögestraße 15.
J. Dohse, Drögestraße 12.
W. Lerch, Brockesstraße 11.
H. Maaß, Brockesstraße 23.
W. Berend, Brockesstraße 20.
H. Süike, Brockesstraße 46.
E. Müller, Westhofstraße 35.
Ww. Wieschendorf, Westhofstr. 45
J. Kölzow, Westhofstraße 52.
C. Heitmann, Westhofstraße 11.
A. Fuhrmann, Westhofstraße 28.
Konsumverein, Warendorpstr. 1/3
F. Ahrens, Warendorpstraße 10.
W. Süike, Warendorpstraße 25.
J. Hildebrandt, Warendorpstr. 26
F. Berger, Warendorpstraße 32.
J. Piel, Warendorpstraße 41.
Frau **Dittmar**, Warendorpstr. 60.
H. Heidtmann, Warendorpstr. 72.
R. Nevermann, Ludwigstr. 8.
H. Wessel, Ludwigstraße 27.
H. Borgwardt, Ludwigstraße 36.
H. Haß, Ludwigstraße 38.
Frau **Meitzel**, Ludwigstraße 43.
W. Bollow, Ludwigstraße 57.
A. Westphal, Ludwigstraße 69.
A. Sommerfeldt, Geverdesstr. 7.
G. Bannow, Geverdesstraße 17.
Frau **Schwarz**, Geverdesstr. 25.
W. Jürgens, Geverdesstraße 56.
J. Voßgrag, Geverdesstraße 50.
J. Puls, Friedenstraße 29.
Ww. Wittfoht, Friedenstraße 32.
H. Staass, Friedenstraße 49.
J. Schmidt, Friedenstraße 66.
O. Bähnck, Friedenstraße 76.
Th. Plate, Friedenstraße 78.
C. Wendt, Friedenstraße 84.
A. Kähler, Friedenstraße 92.
Frau **Doss**, Glandorpstraße 3.
H. Roden, Glandorpstraße 12.
E. Grimm, Glandorpstraße 21.
O. Karge, Glandorpstraße 50.
Ww. Abraham, Reiferstr. 18.
Frau **Bäcker**, Reiferstraße 19a.
E. Neumann, Reiferstraße 38a.
M. Petersen, Reiferstraße 43.
H. Vollert, Gloxinstraße 13b.
Frau **Böhne**, Wickedestraße 42.
F. Koch, Wickedestraße 52.
H. Holst, Wickedestraße 53.
C. Reimers, Wickedestraße 62.
H. Moll, Wickedestraße 43.
J. Jabs, Adlerstraße 6.
G. Voß, Adlerstraße 14.
P. Heisler, Adlerstraße 36.
G. Hartkopf, Adlerstraße 38.
Frl. **Neuschildt**, Greveradenstr. 7.
H. Jänicke, Greveradenstraße 9.
H. Burmester, Klappenstraße 1.
H. Levermann, Klappenstraße 19.
Ww. Martens, Segebergstr. 10.
J. Möller, Segebergstr. 24.
E. Knaack, Sadowastraße 19.
G. Fromm, Fackenburg. Allee 23.
C. Trost Nachf., Fackenb. Allee 55c
Ww. Frank, Waisenhofstraße 4a.
W. Schröder, Schönböck. Str. 6a.
J. Fischer, Schönböck. Straße 12.
H. Bruse, Schönböck. Straße 16.
H. Prüß, Schönböckener Straße 18.
K. Benthien, Sedanstraße 1a.
J. Riemann, Sedanstraße 3.
F. Kaaksteen, Sedanstraße 11.
H. Schwartz, Sedanstraße 17a.
F. Thomsen, Vorbeckstraße 12.
H. Rohweder, Vorbeckstraße 17.
H. Schröder, Ziegelstraße 14.
W. Fricke, Ziegelstraße 20.
K. Bohnsack, Ziegelstraße 114.
Ww. Dührkoop, Ritterstraße 6.
J. C. Dührkop, Steinrad. Weg 11a
J. Böttcher, Steinrader Weg 22.
A. Burmeister, Steinrad. Weg 30b
J. Koch, Steinrader Weg 32.
W. Flaskämper, Wisbystr. 31.
F. Dankert, Schützenstraße 25a.
A. Mann, Schützenstraße 36a.
Ww. Klempau, Schützenstr. 47a.
F. Schleike, Schützenstraße 54.
Ww. Müller, Schützenstraße 55a.
F. Dvorak, Schützenstraße 58.
W. Zarnow, Schützenstr. 61.
H. Schmidt, Schützenstraße 64.
Frau **Kruse**, Meierstraße 5a.
M. Wulf, Meierstraße 37.
H. Schröder, Meierstraße 45.
Frau **Sporns**, Hansastraße 31.
Hansa-Meierei, Hansastraße 34a.
Fedder J. Behm, Hansastr. 97.
C. Johst, Hansastr. 105.
J. Meyer, Hansastraße 111.
H. Jacobsen, Lindenstraße 19.
Konsumverein, Lindenstraße 48.
W. Deichmann, Lindenstraße 55.
Ww. Langhoff, Mittelstraße 13a.
J. Stoll, Mittelstraße 19b.
F. Meins, Ernestinenstraße 2.
H. Czarnojan, Ernestinenstr. 15.
L. Bödcher, Brüderstraße 1.
J. Beck, Brüderstraße 6.
J. Kähler, Dornestraße 5.
F. Schaper, Dornestraße 21.
A. Beek, Dornestraße 26a.
H. Eggert, Dornestraße 38c.
Ww. Oldenburg, Dornestraße 41.
Frau **Krauthammel**, Brießstr. 16.
P. Köhn, Flüchtingstraße 4.
J. Wunder, Flüchtingstraße 18.
A. Krellenberg, Krausestraße 3.
J. Fürstenau, Georgstraße 12.
A. Lankau, Georgstraße 13a.
Th. Strunck, Georgstraße 24.
W. Häse, Georgstraße 30.
Frau **Kölln**, Georgstraße 25.
H. Rickert, Georgstraße 33.
G. Keratis, Karpfenstraße 11a.
M. Schmidt, Karpfenstraße 27a.
Frau **Kuhse**, Wielandstraße 9a.
Frau **Weber**, Finkenstraße 3.
Johs. Schwabroh, Moisl. All. 33.
Frau **Schwartz**, Moisl. Allee 61.
A. Brüggemann, Moisl. All. 83.
H. Hirsacker, Moisl. Allee 144.
O. Pötzsch, Moisling. Allee 180.
A. Dencker, Margarethenstr. 1.
H. Oldörp, Margarethenstraße 8.
H. Erhardt, Margarethenstraße 15.
F. Denker, Margarethenstraße 25.
L. Weimann, Maiblumenstr. 8.
W. Rohde, Lilienstraße 12.
O. Arndt, Lilienstraße 10.

Vorstadt St. Gertrud:

F. Groth, Adolfstraße 2.
W. Abraham, Adolfstraße 2f.
Ww. Meyer, Lange Reihe 31.
K. Kähler, Gr. Vogelsang 7.
M. Schwang, Paulstraße 11a.
Ww. Kipp, Paulstraße 18.
J. Beeck, Grüner Weg 6b.
A. Kayatz, Ernststraße 20.
E. Borgwaldt, Arnimstraße 46a.
H. Jacke, Schönkampstraße 5a.
H. Schmidt, Schönkampstraße 19.
A. Maaß, Heinrichstraße 18.
A. Oldenburg, Lützowstraße 1a.
C. Efland, Lützowstraße 10.
F. Frahm, Lützowstraße 13.
Frl. **Boy**, Lützowstraße 30.
W. Nevermann, Loignystraße 5.
Konsumverein, Kottwitzstraße 8.
R. Hack, Kottwitzstraße 39.
H. Jacob, Kottwitzstraße 53.
Frau **Fessel**, Kottwitzstraße 71.
O. Schweim, Bülowstraße 8.
J. Stender, Chasotstraße 2.
F. Lorenz, Chasotstraße 21.
H. Koop, Marlistraße 10.
G. Bartels, Marlistraße 21b.
C. Hudofisky, Marlistraße 44.
K. Maranke, Gneisenaustraße 4.

Vorstadt St. Jürgen:

O. Greve, Morkerkestraße 5/7.
Konsumverein, Morkerkestr. 4.
J. Petersen, Morkerkestraße 13a.
Frau **Duncker**, Falkenwiese 10.
G. Studt, Falkenstraße 21.
W. Matz, Attendornstraße 2.
K. Daniels, Attendornstraße 21.
K. Tesenfitz, Attendornstraße 31.
Frau **Lorenz**, Attendornstr. 57.
P. Svensson, Travelmannstr. 4.
H. Junge, Travelmannstr. 36/38.
Frau **Beuthien**, Pelzerstraße 4.
J. Höppner, Pelzerstraße 16.
E. Bollhorn, Pelzerstraße 19a.
J. Lender, Bleicherstraße 6b.
R. Korf, Bleicherstraße 13.
P. Bahr, Dorotheenstraße 14.
O. Höfke, Blanckstraße 14a.
H. Imdicke, Blanckstraße 20.
H. Schütt, Augustenstraße 14.
H. Strübing, Augustenstraße 17.
A. Fick, Wakenitzstraße 5a.
Frau **Rothländer**, Blücherstr. 20.
C. Pieper, Blücherstraße 23.
H. Storm, Bäckerstraße 11a.
H. Kähler, Elswigstraße 1a.
Konsumverein, Elswigstraße 9a.
C. Pick, Elswigstraße 16.
H. Hafemann, Elswigstraße 17a.
W. Laudi, Elswigstraße 21.
C. Wils, Elswigstraße 32.
J. Wulff, Busekiststraße 5a.
J. Frost, Kahlhorststraße 46a.
Ww. Steffen, Kahlhorststraße 47.
H. David, Feldstraße 2.
H. Blunck, Kronsforder Allee 51.
Ww. Ahrens, Kronsf. Allee 74.
W. Spahrmann, Kronsf. All. 82a.
H. Retelsdorf, Kronsf. Allee 105.
H. Eggers, Kronsford. Allee 97a.
Konsumverein, Kronsf. All. 105a
H. Brüggmann, Kronsf. All. 111.
W. Gielfeldt, Friedrichstraße 1.
Frau **Grube**, Trendelenburgstr. 5.
F. Ribbe, Trendelenburgstr. 11.

Auswärts:

P. Lindenberg, Krempelsdorf.
H. Lüthgens, Fackenburg.
Konsumverein, Fackenburg.
Ch. Lüthgens, Ravensbusch.
R. Klahn, Ravensbusch.
A. Schnoor, Stockelsdorf.
Th. Stuhr, Stockelsdorf.
Konsumverein, Stockelsdorf.
W. Luckert, Stockelsdorf.
Frau **Schröder**, Stockelsdorf.
W. Meyer, Mori.
J. Hennings, Steinrade.
M. Prüss, Eckhorst.
Ww. Pruss, Tremser Kamp.
Konsumverein, Vorwerk.
W. Mewitz, Vorwerk.
C. Beier, Vorwerk.
P. Dohse, Schwartau.
Konsumverein, Schwartau.
W. Stuhr, Schönböcken.
F. Zamel, Schönböcken.
F. Schwartz, Badendorf.
R. Schmachtel, Moisling. Baum.
C. Pohl, Moislinger Heide.
H. Mett, Moisling.
H. Stapelfeldt, Moisling.
C. Barners, Moisling.
Konsumverein, Moisling.
J. Struss, Moisling.
H. Schatt, Moisling.
A. Schwartz, Moisling.
F. Lembke, Moisling.
F. Jagim, Moisling.
F. Tietge, Genin.
G. Stamer, Genin.
H. Piel, Israelsdorf.
Konsumverein, Schlutup.
K. Weiner, Schlutup.
H. Petersen, Seereß.
Ch. Niß, Pöppendorf.
P. Brauer, Travemünde.
H. Bremer, Hafftrug.
Ed. Heinsen, Gleschendorf.
F. Häse, Pansdorf.
S. Haltermann, Neudorf.
Paul Hein, Eutin.
Konsumverein, Eutin.
J. Strecker, Eutin.
A. Meyer, Neustadt i. Holst.
Konsumverein, Malente.
Konsumverein, Schönberg.
Konsumverein, Grevesmühlen.
Konsumverein, Mölln.
Konsumverein, Dassow.
Konsumverein, Neustadt i. M.
Konsumverein, Travemünde.
Konsumverein, Seereß.
Konsumverein, Ahrensbök.
P. Schmahl, Jahnsbof.
Wilh. Ulrich, Oldesloe.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 123. Donnerstag, den 29. Mai 1913. 20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, 28. Mai.

153. Sitzung. Nachmittags 2½ Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation Albrecht (Soz.) und Genossen, betreffend Einschränkung des Vereins- und des Preßgesetzes in Elsaß-Lothringen.

Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt sich bereit, die Interpellation Ende der Woche zu beantworten.

Es folgt die zweite Beratung des

Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes.

§ 1 lautet nach dem Kommissionsbeschluß:

Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate oder die unmitelbare Reichsangehörigkeit besitzt.

Ein Antrag Herzog beantragt Wiederherstellung des § 1 der Regierungsvorlage, wonach die Reichsangehörigkeit durch die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate erworben wird.

Landsberg (Soz.): Wir hoffen, daß in einer nahen Zukunft das Prinzip der unmittelbaren Reichsangehörigkeit allein zur Durchführung gelangt, wie wir den lebhaften Wunsch haben, daß jeder Bürger des Reichs das Bewußtsein haben möge, unmittelbarer Angehöriger des Deutschen Reiches zu sein. Wir behalten uns vor, eine Resolution in diesem Sinne zu unterbreiten. Den Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage lehnen wir ab. Der Entwurf der Regierung hatte zum Ausgangspunkt den § 21 des jetzigen Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes, wonach nach siebenjährigem Aufenthalt im Ausland ein Deutscher seiner Reichsangehörigkeit verlustig ging, wenn der Deutsche es unterlassen hatte, seinen Namen in die Matrikel des zuständigen Konsuls eintragen zu lassen. Die Erkenntnis der Notwendigkeit diese Bestimmung zu beseitigen seitens der Regierung, konnte der Reichstag dazu benutzen, um das Gesetz überhaupt von dem Staub der Vergangenheit zu reinigen. Diese günstige Lage hat die Kommission leider nicht genügend ausgenutzt. Sie hat zwar den Regierungsentwurf in Einzelheiten verbessert, ist dabei aber mit unverkennbarer Zaghaftigkeit vorgegangen, hat wertvolle Anträge zurückgewiesen, ja sie hat sogar eine erhebliche Verschlechterung des Rechtszustandes gutgeheißen. Diese liegt darin, daß fortan nicht mehr jeder Bundesstaat souverän ist auf dem Gebiete der Einbürgerung. (Hört, hört! b. d. Soz.) Es können vielmehr von einem der übrigen Bundesstaaten Bedenken gegen die Einbürgrung erhoben werden und die Entscheidung ob das Bedenken berechtigt ist, trifft der Bundesrat. Diese erhebliche Verschlechterung im § 7a des Gesetzes wird dadurch nicht behoben, daß man hineingeschrieben hat, die Bedenken müßten auf Tatsachen gestützt werden. — Wir haben in der Kommission nach verschiedenen Richtungen Anträge gestellt, deren Annahme dem wahren Fortschritt erheblich gedient hätte. Zunächst haben wir die Gleichberechtigung der deutschen Frauen beantragt. Nach dem Gesetz verlieren die deutschen Frauen in dem Augenblick der Eheschließung ihre Staats- und Reichsangehörigkeit. Die deutsche Frau wird also behandelt als ein Appendix des Mannes, den sie heiratet. Aber unser Antrag, der Frau dasselbe Recht zu gewähren, das der Mann hat, wurde von sämtlichen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Es ist unbegreiflich, daß dieselben Herren, die sonst das Nationalgefühl so außerordentlich hoch schätzen, eine deutsche Frau mit dem Verlust der Reichsangehörigkeit bestrafen, wenn sie einen Ausländer heiratet, noch dazu in einem Gesetz, das nach der Absicht seiner Väter dem Deutschtum Kräfte erhalten soll. Ueber die Proteste der Frauen hat man sich hinweggesetzt mit dem Einwand, das Band der Ehe sei so innig, daß für verschiedene Nationalitäten innerhalb der Ehe kein Raum sei. Mit demselben Recht könnte man verlangen, daß in einer Ehe nur das religiöse Bekenntnis des Mannes gelten dürfe. Wir beantragen, daß Deutschen der Erwerb einer anderen deutschen Staatsangehörigkeit erleichtert werden soll. Es ist nicht einzusehen, warum die Behörden bei der Frage der Aufnahme in einen Staatsverband überhaupt noch mitreden dürfen. Die verbündeten Regierungen haben diesen Antrag bekämpft und gesagt, man müsse darauf sehen, daß jeder Deutsche einen Ausweis für seine Staatsbürgerschaft habe. Nun, ich weiß nicht, ob auch nur jeder hundertste Deutsche in der Lage ist, seine Staatsbürgerschaft durch ein Papier nachzuweisen, es sei denn, wenn unter den Vorfahren einer als Beamter eingestellt wurde und dadurch das Staatsbürgerrecht erhielt. (Httt. links.) Wir haben in der Kommission versucht, auch persönlich einwandfreien Ausländern, die eine gewisse Zeit in Deutschland gewohnt haben, ein Recht auf Einbürgerung zu gewähren, mindestens aber solchen Ausländern, die aus der Ehe zwischen einem Ausländer und einer deutschen Frau hervorgegangen sind. Auch das ist abgelehnt worden, weil angeblich nirgends in der Welt für Ausländer ein Recht auf Einbürgerung bestehe. Ich denke, Deutschland soll auf allen Gebieten in der Welt voran sein. (Heiterkeit bei den Soz.) Im übrigen ist es gar nicht richtig, denn eine ganze Reihe von Staaten haben gesetzliche Bestimmungen, die unsern Anträgen vollkommen entsprechen. Wir haben nicht einmal die Bestimmung durchsetzen können, daß Familien, die seit zwei Generationen in Deutschland leben, bis zum Beweis des Gegenteils als Deutsche gelten sollen. Es ist im Gegenteil so, daß kein Staat in der Welt die Einbürgerung so weit einschränkt wie Deutschland und namentlich wie Preußen, von Rußland natürlich abgesehen. Nennen Sie mir einen Staat, der es fertig bekommt, Heimatlose so zu behandeln, wie es Preußen gegenüber den Personen tut, die durch eine unglückselige Bestimmung des dänischen Staatsrechts zu Staatenlosen gemacht sind und nun ein Fangball sind in den Händen der preußischen Behörden. Unter diesen Verfolgten sind Leute, deren deutsche Staatsangehörigkeit von preußischen Gerichten festgestellt ist, was aber die Verwaltungsbehörden einfach nicht anerkennen. Es sind Männer darunter, die in der deutschen Armee gedient haben und die im Kriege für Deutschland ihr Blut vergossen haben (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) und wo ist schließlich ein Staat, der die Einbürgerungsanträge je nach dem Glaubensbekenntnis des Antragstellers verschieden beurteilt, und der namentlich Juden unbedingt zurückweist. Gerade weil die Verwaltungsbehörden mit dem „freien Ermessen" einen solchen Mißbrauch treiben, muß diese Frage gesetzlich geregelt werden. Man erklärt, der § 7a, der jedem Bundesstaat ein Einspruchsrecht gibt, sei unentbehrlich im Interesse des Wohls des Reichs. Nun, wenn das Reich immer eingreifen dürfte oder müßte, wo es interessiert ist, so würde man zu den eigentümlichsten Konsequenzen kommen. Schließlich geschieht nichts in einem Bundesstaat, was nicht für das Reich von Interesse wäre. Wenn z. B. in einem Bundesstaat ein Wahlsystem besteht, das elend und widersinnig ist, und dessen „Reform" eine „der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart" ist, wollen Sie dem Reich dann auch die Möglichkeit geben, dieses Wahlsystem von sich aus zu ändern? Ich will nicht bestreiten, daß dem § 7a einige geringe Verbesserungen gegenüberstehen, so daß der Witwe oder geschiedenen Frau, die vor ihrer Verehelichung Deutsche war, ein Einbürgerungsrecht gewährt wird, aber nur, wenn sie unbescholten ist. Was aber die preußischen Behörden für eine Auffassung von „Unbescholtenheit" haben, das hat der Fall Düwell gezeigt, wo einem jungen Manne deshalb das Einjährigenprivileg aberkannt wurde, weil er wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes mit 5 Mk. Geldstrafe bestraft worden war. (Hört, hört! bei den Soz.) Das Verwaltungsstreitverfahren muß zulässig sein in allen Fällen, wo das Gesetz, wenn auch nur bedingt, das Recht auf Einbürgerung einem Nichtdeutschen gewährt. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Belzer (Z.): Ganz so schlecht ist der Entwurf denn doch nicht. Wir erwarten von dem Gesetz eine wesentliche Förderung des Deutschtums. Im allgemeinen sollen Ausländer nur naturalisiert werden, wenn Deutschland einen Gewinn davon hat. Wir wollen nicht, daß Massen von galizischen Hausierern oder mittellosen russischen Arbeitern naturalisiert werden. (Sehr richtig! im Zentr.)

Beck-Heidelberg (NL.): Auch wir sind der Ansicht, daß das Gesetz einen Fortschritt bedeutet. Im gewissen Sinne müssen auch politische Momente ausschlaggebend sein für die Naturalisation, denn man kann dem Staate nicht zumuten, daß er Elemente aufnimmt, von denen er weiß, daß sie staatsfeindliche Bestrebungen verfolgen. Das würde auch im Zukunftsstaat geschehen.

Dr. Giese (K.) erklärt das Einverständnis seiner Partei mit den Fraktionsbeschlüssen und meint, daß man den Ausländern nicht so weitgehendes Recht auf Erwerbung der Staatsangehörigkeit zuerkennen könne, wie es die Sozialdemokraten wollten.

Blunck (Vpt.): Wir begrüßen besonders freudig die Bestimmungen über den Erwerb einer direkten Reichszugehörigkeit. Deshalb ist es bedauerlich, daß der Grundsatz, daß die Geburt und Erziehung in einem Lande die Staatszugehörigkeit in diesem Lande ohne weiteres zur Folge hat, nicht durchgedrungen ist. Dieser Gedanke ist uralten germanischen Ursprungs. (Hört, hört! bei den Soz.) Den zu weitgehenden sozialdemokratischen Anträgen können wir nicht zustimmen.

Dembeck (Pole) spricht über die Behandlung der polnischen Arbeiter in Preußen und über die Ausweisungpraxis der politischen Polizei.

v. Liebert (Rp.) begrüßt das Gesetz. Jeder Deutsche, der sich der französischen Fremdenlegion verschreibt, sollte als Paria aus dem deutschen Volke für immer ausgeschlossen sein.

Herzog (WVg.) lobt den Ausdruck „Reichsangehöriger", der einen über den staatlichen Rahmen hinausgehenden völkischen Inhalt hat.

Haegy (Els.) führt Klage über unberechtigte Verweigerung der Naturalisation in Elsaß-Lothringen.

Damit schließt die Debatte. § 1 wird in der Kommissionsfassung angenommen.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr.

Schluß 6½ Uhr.

Die Militärvorlage in der Budgetkommission.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Mittwochssitzung wurde zunächst die Frage entschieden, ob nunmehr nach den Wünschen der Schwarz-Blauen zunächst die erste Lesung der Deckungsvorlagen vorgenommen oder die Militärvorlage in zweiter Lesung von der Kommission verabschiedet wird. Die Fraktionen haben am Dienstag abend zu dieser Frage Stellung genommen. Namens der Konservativen erklärte Abg. Graf Westarp, es sei unbedingt erforderlich, gleichzeitig mit der Militärvorlage die Deckungsvorlagen zu verabschieden. Die Konservativen behalten sich vor, durch Anträge zur Geschäftsordnung in diesem Sinne zu wirken. Er frage die Regierung, ob auch sie sich zu dem Ausspruch des Kriegsministers bekenne, der größten Wert darauf gelegt, unter allen Umständen die Militärvorlage bis Ende Juni zu verabschieden, oder ob die Regierung nicht auch die gleichzeitige Erledigung der Deckungsvorlagen wünsche. — Schatzsekretär Kühn erklärte, daß die Reichsregierung es als selbstverständlich angesehen habe, die Ausgaben für die Militärvorlage nicht aus Anleihemitteln zu decken, sondern daß im Laufe des Sommers die Deckungsfrage erledigt wird. Die sofortige zweite Lesung der Militärvorlage entspreche aber auch den Wünschen der Regierung. — Die Abgg. Bassermann und Fischbeck betonen, daß selbstverständlich nach Erledigung der Militärvorlage die der Deckungsvorlagen vorgenommen werden muß. Von der Ankündigung der Konservativen hätten die Liberalen mit großem Interesse Kenntnis genommen. — Abg. Graf Westarp bestritt, irgend eine Obstruktion angekündigt zu haben, aber die Deckungsfrage müßte geklärt werden, ehe an die Verabschiedung der Militärvorlage gedacht werden kann. — Schatzsekretär Kühn gab nunmehr namens der Regierung die Erklärung ab, **daß sie mit aller Entschiedenheit die gleichzeitige Verabschiedung der Militär- und Deckungsvorlagen fordert.** — Abg. Gröber

Steuermann Worringer.

Novelle von Louise Schulze-Brück.

(4. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

4.

Auch der Pfingstmontag war blau und sonnig. Und wieder flatterten die Wimpel, brauste der grüne Rhein unter den Schaufelrädern der Schiffe, schmetterte Musik und jauchzten frohe Menschen. — Die laute Lust schäumte fast über.

Greta Worringer stand in ihrer Kammer und putzte sich. Einen ganzen langen Tag hatte sie heute frei, war sie ledig aller Sorgen. Sie dachte nicht viel weiter. Einen Tag wie den anderen immer unter dem Druck und Zwang zu sein, da hatte sie sich gewöhnt, jedes Fünkchen Freude begierig so lange anzufachen, bis ein winziges Freudenfeuerchen daraus aufflammte. Es erlosch freilich stets gar zu bald, aber in ihrem Herzen war doch immer der Funke, aus dem man es leicht wieder anblasen konnte. Und ohne daß sie sich dessen recht bewußt war, war der Merkstein ihrer guten Stunden doch immer der Georg Hessemer. Es ging ihr wie ihm; der Wille ihrer Mutter hatte sie auseinandergerissen, und sie hatten sich darein gefunden. Es war doch nun einmal so. Gar viele ihrer Genossinnen konnten den „Schatz" nicht heiraten, mit dem sie sich in Jugendlust und Jugendliebe verbunden hatten. Dann mußte man sich eben mit dem anderen einrichten, so gut es ging. Greta seufzte, während sie ihr langes, kohlschwarzes Haar kräuselte. Wenn ihr Mann nur ein bißchen anders gewesen wäre; ihr ein wenig Spaß und harmlose Lebensfreude gegönnt hätte; nun hatte er auch die Verbindungsmauer zwischen den beiden Häusern erhöht, das brachte sie um manche lustige Stunde, die sie da mit Georg Hessemer verschwatzt und vertändelt hatte. Gut nur, daß er heute den ganzen Tag weg war, da sah er nicht, daß sie die weiße Mullbluse anhatte, die er nicht leiden mochte. Er hatte sie ihr schon einmal abgerissen, daß es einen argen Winkel hineingab; aber sie hatte ihn schön geflickt, man sah es gar nicht mehr. Und all die Herrlichkeit an den Buden konnte sie nach Herzenslust genießen, und tanzen — tanzen auch, soviel sie mochte. — Ob der Georg schon weg war? — Sie schob ein wenig das kleine Gardinchen zur Seite und lugte hinaus. Vor seiner Tür stand eine Bank und ein Tisch — eine Zeitung lag darauf. — Er war noch zu Haus, die alte Base, die ihm die Wirtschaft führte, kehrte emsig die Straße. — Der Georg, wenn sie den nicht hätte! — Immer, wenn sie an den Rhein hinunterging, war er da, lustig und voller Knacken und Schnurren; immer hatten ihre Gedanken etwas, um das sie sich drehten. Wie würde das nur sein, wenn er einmal heiratete? Sie spürte, wie ihr Herz sich zusammenzog. Aber sie schlug das gleich wieder in den Wind. — Ach was, heiraten! Da war keine, die gut genug für ihn war, keine, die er mochte. Er sagte das auch oft: „Ja, wann ich eine fänd wie du, Greta!" —

Sie zog die hellblaue Bluse an. Wie die ihr schön stand. Das helle Blau zu ihrer klaren Haut und den großen, braunen Augen. Und nun erst das Weiß darüber. Wenn sie nur eine schöne Brosche gehabt hätte. Aber da war nur das dicke, schwergoldene Ding, das ihr Mann ihr am Hochzeitstage gegeben, ein Stück, das noch von seiner Mutter stammte. — Das war so recht seine Art. — Nur ja nichts Hübsches, Feines, Neues. —

Plump und schwer, wie die schwarzen und braunen Kleider, die er ihr schenkte, und die er am liebsten auch noch so gemacht gesehen hätte wie zu seiner Mutter Zeiten. Gut, daß sie sich das schwarze Kleid hatte umändern lassen. Er hatte es noch nicht gesehen. Sie zog den Rock über. Wie schlank sie in dem faltenlosen, modernen Schnitt war. — Wie ein Mädchen. — Nun noch der Gürtel mit der neuen Schnalle — sie drehte sich vor dem Spiegel um und um. — Gott, sie war ja auch erst dreiundzwanzig. Da waren andere noch unverheiratet.

Sonderbar, daß ihr Mann ihr heute nichts verboten, nicht gescholten hatte. — Er hatte nur ein paar Worte hingeworfen, daß er den ganzen Tag fort sein würde. Und sie war so voller Jubel darüber gewesen, daß sie gar nicht weiter auf ihn geachtet hatte. — Mochte er doch! Er war am besten aufgehoben auf seinem Schiff. Er war ja wohl zornig, daß sie sich gestern abend auf der Giebelstube eingesperrt hatte. Aber da war er selbst schuld. Seit sie sich damals das eine Mal vor ihm gefürchtet hatte, tat sie das jedesmal, wenn er später heimkam. Schon des Kindes halber, das von seinem Poltern wach wurde, und dann auch wegen sich selbst. Sie wollte ihre Ruhe haben. — Sie lachte leichtherzig. Der tapsige Bär der, sie strafte ihn für alle seine Nücken.

Das Kind plapperte in der Wohnstube. Sie erstickte es fast mit Zärtlichkeiten und Schmeichelnamen. „Mei lieb Herzbubche, mei Herzkäferche! Wann ich dich net hätt! Heit middag fahre mer uff der Reitschul, und heit awend geht's Bubche bei Oma, und Mamma geht danze!" Der Junge jauchzte.

„Mit 'm Babba!"

„Na, net mit 'm Babba! Babba is fortgefahre mit 'm Schiff. Awwer mit 'm Onkel Georg."

„Und Onkel setzt mich uff Gaula. Und hält mich fest."

Sie tanzte mit ihm in der Stube herum. „Ja! Und dann geht die Musik. Lalala—la—la—la!"

Nun räumte sie noch das Letzte auf. Blitzblank war das ganze Haus schon. Ein großer Strauß dickköpfiger, sattroter Pfingstrosen stand auf dem Tisch — er leuchtete förmlich in der kleinen Stube. Sie stand davor. — „Ach, wann m'r sich ään asteche könnt! So ä dicke rohde. In die Hoor oder in'n Gertel! — Des ständ schee." — Dann packte sie in der Küche zusammen, Fleisch und sonst noch allerlei. — Sie kochte heute nicht, brachte alles ihrer Mutter, die mochte für sie alle kochen. — Der alten Frau tat auch ein ordentliches Stück Braten wohl. Sie ging mit dem Kind derweil spazieren. Gott, was für ein Pfingstwetter! Da mochten wohl wieder die Fremden sich am Rhein drängen. Sie sah gern die geputzten Damen und freute sich, wenn sie selbst von den Touristen mit bewundernden Augen angesehen wurde. Dann vergaß sie alles, was sie sonst drückte.

Sie schloß das Haus zu und ging mit dem Jungen weg. — Der Georg war noch zu Haus. Der machte sich lange schön. Eitel war er wie ein Mädchen auf seinen Krauskopf und seine schöne Figur. — Sie würden ein hübsches Paar gewesen sein, sie beide. Dann wohnte sie mit ihm in dem andern Haus, und der Worringer saß allein oder mit einer anderen Frau, die er drangsalieren konnte, nebenan. — Gott, wie sonderbar das wäre!

Sie ging schneller und wurde rot bis unter die Haarwurzeln. Nein, so was nicht denken. Wozu auch. — Ändern konnte man ja doch nichts, da mußte man das Leben genießen, sich freuen, so lange man konnte.

Es läutete mit allen Glocken zur Kirche. Himmel, sie mußte sich beeilen. Sie hatte die Kirche ganz vergessen. Das kam von den dummen, unnützen Gedanken. — Hastig brachte sie das Kind zu ihrer Mutter, lief heim, tat ihre ehrbare Jacke an und setzte den Hut auf. — Der war freilich so, wie ihr Mann ihn wollte. Ganz schwarz, nur mit schwarzen Federn geputzt. Aber sie setzte ihn wenigstens keck auf und zauste die krausen Stirnhaare hervor. Dann ging sie im Schwarm der Kirchgänger durch die engen Straßen mit den kleinen Giebelhäuschen, in denen es noch schattenkühl war, während hoch in den Lüften der Glockenruf brauste und die Sonne schien. —

Sie betete mit bei den allgemeinen Gebeten, laut im Chor. Und sie hörte der Predigt zu, kniete zur Messe nieder und schlug beim Klingeln zur Opferung und Wandlung an die Brust. Aber in ihr Gebet drängte sich der jauchzende Gedanke an den Nachmittag — an Musik und Lichterglanz, an Tanz und Lust, an den Georg Hessemer.

(Fortsetzung folgt.)

betonte, beide Vorlagen sind eine Einheit und müssen gemeinsam verabschiedet werden. Es wäre im Volksinteresse bedauerlich, wenn die Vorlagen unabhängig voneinander erledigt würden. Die aus Sozialdemokraten, Nationalliberalen und Volksparteilern bestehende Kommissionsmehrheit beschloß hierauf, jetzt nicht in die Beratung der Deckungsvorlage einzutreten, sondern die zweite Lesung der Militärvorlage zu erledigen. Nunmehr gab Abg. Gröber namens des Zentrums die folgende Erklärung ab:

„Die Zentrumsfraktion hält entschieden und geschlossen an dem Grundsatz fest: Keine Ausgabebewilligung ohne Deckung. Unsere Abstimmungen in der Kommission in der gegen unseren Willen vor einer Entscheidung über die Deckungsfrage vorgenommenen zweiten Lesung der Wehrvorlage können daher nur vorläufig sein. Eine Verabschiedung der Wehrvorlage ist der Zentrumsfraktion erst möglich nach der Entscheidung über die Deckungsfrage. Unsere Stellungnahme zur Wehrvorlage wird abhängen von der Art und Weise der Lösung der Deckungsfrage."

Unsere Genossen forderten, daß auch der Reichskanzler den Kommissionsverhandlungen beiwohne. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Volksparteiler und Polen wurde diese Forderung abgelehnt. Es begann die zweite Lesung der Militärvorlage. Mit großer Lebhaftigkeit trat der Kriegsminister für Bewilligung der drei gestrichenen Kavallerie-Regimenter ein, wogegen sich Genosse Noske in energischer Weise wandte. Die Kommission hätte die Pflicht, noch einmal eingehend die Frage zu erörtern, ob überhaupt die ganze Militärvorlage mit wirklichen Gründen verteidigt werden könne. Die „Gefahr" eines fest begründeten Balkanbundes ist beseitigt, und von der russischen Gefahr könne doch ernstlich nicht gesprochen werden. In Frankreich zeige die Haltung eines Teiles der Armee, wie großen Unwillen auch dort die Rüstungsmaßregeln hervorgerufen haben. Die deutschen Vorlagen verschlimmern nur die politische Situation. — Abg. Müller-Meiningen bekämpfte gleichfalls die Bewilligung der gestrichenen drei Regimenter. Wenn die Militärverwaltung diesmal den Wünschen des Reichstags in bezug auf militärische Reformen nicht Rechnung trägt, werden die Volksparteiler in Zukunft die Konsequenzen ziehen, zwar nicht durch Streichungen, die die Sicherheit des Reiches gefährden könnten, sondern durch solche, die empfindlich die Verwaltung treffen müssen. — Für die sechs Kavallerieregimenter sprachen noch General Wandel, der bayrische General Wanninger und Bassermann, während Genosse Ledebour sie lebhaft bekämpfte. — Die jetzige Dislokation der Kavallerie begründete der Kriegsminister mit dem Umstand, daß Deutschland gegebenenfalls den Kampf nach zwei Fronten führen müsse, Frankreich und Rußland aber nur nach einer Front zu fechten brauchen. — Gegen eine Bemerkung des Ministers, die französischen Rüstungen seien nicht durch die deutschen hervorgerufen worden, sondern umgekehrt, betonte Genosse Frank, daß diese Behauptungen ganz falsch seien. Wenn der Minister sich auf den französischen Sozialisten de Pressense dabei berufen habe, so mit Unrecht, denn Pressense habe auf dem französischen Parteitag keinen Zweifel darüber gelassen, daß Deutschland an den neuesten Rüstungen die alleinige Schuld trage. Dem Minister sei es nicht gelungen, überzeugend zu erklären, warum nicht Gardekavallerie an die Grenze zur Verstärkung des Schutzes gelegt werden könne. Von der Regierung muß jetzt gefordert werden, ihre Stellung zu dem von der Kommission zwecks militärischer Reformen angenommenen Resolutionen zu präzisieren, z. B. zur Frage des Militärverbots. Der neueste Fall in Kassel zwinge dazu, jetzt von der Regierung klare Stellungnahme zu verlangen. Wie stellt sich die Regierung zur Reform des Militärstrafrechts? — Der Kriegsminister betonte, er sei gar nicht imstande, ohne Beschlußfassung des Bundesrats Erklärungen abzugeben. Wie ich persönlich mich stelle, habe ich schon bei der ersten Lesung ausgeführt und vielfach meine Sympathie ausgesprochen. — Genosse Haase legte eine gedruckte Liste vor, die in Königsberg i. Pr. in den Kasernen an die Soldaten verteilt werde und die Namen von 150 Geschäftsleuten enthalte, über die der Militärboykott verhängt worden ist. Geschäftsleute werden allein deshalb ruiniert, nur weil sie im sozialdemokratischen Blatte inserieren, oder weil Arbeiter ihre Möbel dort kaufen. Ein solcher Terrorismus sei nicht nur verfassungswidrig, sondern auch eine unerhörte Brutalität, die das deutsche Volk sich unmöglich noch länger gefallen lassen darf. Pressense hat ausdrücklich erklärt, das französische Volk denke nicht an einen Angriff gegen Deutschland. Nach der Berner Konferenz ist kein Zweifel mehr darüber, daß die französischen Militärvorlagen im Parlament abgelehnt würden, wenn nicht die deutschen Rüstungsvorlagen da wären. — Der Kriegsminister erklärte, sobald ihm Material in der Boykottfrage vorgelegt wird, in eine genaue Prüfung einzutreten. — Abg. Müller-Meiningen fordert eine bündige Erklärung wegen des Militärboykotts. Seit zehn Jahren hat sich der Reichstag gegen diesen Boykott ausgesprochen. Die Verwaltung hatte also Zeit genug, ihre Stellungnahme sich zu überlegen. — Genosse Ledebour hielt dem Kriegsminister vor, daß sein Kollege von der Marine seine eigene Auffassung über schwebende Fragen ohne Bedenken zum Ausdruck bringe. Das sei auch das Recht der Minister. — Abg. Graf Mielzynski brachte ebenfalls einen brutalen Terrorismusfall zur Sprache. — Genosse Schöpflin forderte vom Minister nunmehr eine bündige Erklärung, ob er bereit ist, auf die Korpskommandeure im Sinne einer Aenderung des Militärboykotts einzuwirken. Was der Kriegsminister bisher erklärt hat, genügt gar nicht. Demnach scheint der Minister keine Lust zu haben, dem Verlangen des Reichstages Folge zu geben. — Genosse Frank wünschte Auskunft, wann der Kriegsminister Erklärungen abgeben will. Das Richtigste sei, die Verhandlungen zu vertagen, damit der Minister Erklärungen formulieren kann. — Der Kriegsminister betonte, er könne einen Zeitpunkt nicht angeben, weil er erst mit den anderen Instanzen sprechen müsse. — Genosse Südekum hielt für, daß der Minister sich weigert, in der Boykottfrage Remedur eintreten zu lassen, obwohl er leicht in der Lage wäre, heilend eingreifen zu können. — Dem Grafen Westarp geben die Erklärungen des Ministers wenig genug, gegen die Vertagung trotzdem er sich entschieden aus. — Der Bayerische General v. Weidenbach gab Auskunft über die Art, wie in Sachsen das Militärverbot gehandhabt wird. Von einem militärischen Boykott könne keine Rede sein. — Genosse Heinrich erklärte, es sei sehr wohl möglich, die Handhabung des Militärverbots in Preußen dem sächsischen Beispiel anzupassen. Das keineswegs ein lebensmutiges sei, aber doch wenigstens gegen die preußische Praxis abstiche. Hier muß auf eine Aenderung gedrungen werden. In erster Lesung angenommen, bleiben die Wünsche des Reichstags unberücksichtigt. — Da das Zentrum sich an dieser Debatte gar nicht beteiligt, verlangte Genosse Ledebour vom Zentrum seine Haltung nunmehr zu präzisieren. Früher habe das Zentrum die gleichen Wünsche wie die Sozialdemokraten erhoben. — Abg. Gröber betonte, das Zentrum wolle auch heute noch dieselbe Auffassung wie früher. — Genosse Noske forderte einen Nachweis für die Notwendigkeit der Vermehrung der Pferdemannschaften, den General Wandel gab. Der von seinen Genossen gestellte Vertagungsantrag wurde abgelehnt, obwohl gegen 11 Stimmen der Fortschrittlichen Volkspartei, jedes Kavallerieregiment zu bewilligen. Das Zentrum stimmte gegen. — Damit ist die zweite Lesung der Militärvorlage beendet.

Zur Beratung standen noch einige Anträge zum Ergänzungsetat. Der Antrag, der für Familien, von denen drei und mehr Söhne militärischen Dienst tun, für jeden weiteren Sohn eine jährliche Entschädigung von 240 Mk. verlangt, wurde einstimmig angenommen.

Zur Berichterstattung im Plenum wünscht Graf Westarp, daß der Berichterstatter auch die Stellungnahme der Parteien sowie der Regierung zur geschäftlichen Behandlung der Vorlagen mit bekannt gibt. Er wünschte auch, daß bei Verabschiedung der Militärvorlage im Gesetz ausgesprochen werden muß, daß die Ausgaben nicht vorläufig durch Anleihen bestritten werden dürfen. — Schatzsekretär Kühn erklärte nochmals, ohne Deckung soll keine Ausgabe gemacht werden. Der Schatzanweisungskredit müsse aber erhöht werden, weil die Militärvorlage bereits 1913 in Kraft treten soll, die ersten Summen aus den neu geforderten Steuern aber erst 1914 eingehen. — Abg. Fischbeck protestierte dagegen, daß die Konservativen versuchen, im Rahmen der Geschäftsordnungsdebatte materielle Bestimmungen in das Gesetz hineinzubringen.

Donnerstag wird die Kommission mit der Beratung des Wehrbeitrages beginnen.

* * *

Die „Nationalliberale Correspondenz" vom Mittwoch veröffentlicht folgende Erklärung:

„Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat heute beschlossen, die alsbaldige endgültige Verabschiedung der Wehrvorlage in Kommission und Plenum zu fordern; die Deckungsvorlage ist in der Budgetkommission sofort, nachdem die Wehrvorlage erledigt ist, in Angriff zu nehmen und in Budgetkommission und Plenum noch in diesem Sommer zu erledigen."

Aus der Partei.

Zur Charakteristik der klassenstaatlichen Rechtsprechung sind einige Rechtsfragen von Interesse, die das „Berliner Tageblatt" anläßlich der neuen Verurteilung des „Vorwärts" wegen angeblicher Beleidigung des preußischen Abgeordnetenhauses aufwirft. Es schreibt u. a.: „. . . . Wenn der Angeklagte, der der Partei dieser Minderheit angehörte, sich bei der Wahrnehmung seiner berechtigten Interessen auch im Ton vergriff, so wird es dem Rechtsgefühl des gemeinen Mannes nicht recht einleuchten, daß er für diesen Mißgriff nun gleich ins Gefängnis wandern soll. Die Begründung des Urteils gibt dem gemeinen Mann aber noch zu etwelchen zweifelnden Fragen Anlaß. Dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses ist die Publikationsbefugnis zugesprochen worden. Nun gibt es zurzeit aber weder ein Abgeordnetenhaus noch einen Präsidenten. Das Abgeordnetenhaus ist aufgelöst worden, und Herr v. Erffa, der den Antrag auf Strafverfolgung namens des aufgelösten Hauses gestellt hat, ist außerdem gestorben. Der Staatsanwalt hat ausdrücklich erklärt, der Artikel beleidige „die Korporation als solche." Wie kann aber jemand wegen Beleidigung einer „Korporation als solcher" bestraft werden, die es gar nicht mehr gibt? Der Angeklagte kann doch unmöglich bestraft werden wegen Beleidigung eines Abgeordnetenhauses, das demnächst erst gewählt werden soll! Und wenn das nicht wohl denkbar ist, so kann auch der Präsident, den dies Abgeordnetenhaus sich in Zukunft einmal wählen wird, unmöglich das Urteil veröffentlichen! So wenig es bei Beleidigungen der Einzelpersönlichkeiten eine Rechtsnachfolge gibt, so wenig kann es sie doch bei Körperschaften geben! Stirbt der Beleidigte während des Prozesses, so ist der Prozeß aus. Nun, das Abgeordnetenhaus, das die Stellung des Strafantrages beschlossen hatte, ist inzwischen eines sanft-gewaltsamen Todes verstorben. Gehen die Privilegien des Dreiklassenhauses so weit, daß es sich auch dann noch für beleidigt halten darf, wenn es gar nicht mehr da ist?" — Solche Fragen kümmern die Justiz des Klassenstaates nicht, sonst würde sie keine Urteile fällen, wie das obige und wie sie täglich gegen das aufstrebende Proletariat und seine Vertreter gefällt werden. Sonst hätten wir eben auch keine Klassenjustiz, die ja in den höheren Instanzen lediglich aus Vertretern der Anschauungen der besitzenden, sogenannten staatserhaltenden Parteien und Klassen besetzt und, wie die täglichen Aeußerungen vom Richtertisch bekunden, es gewissermaßen als ihre amtliche Aufgabe betrachtet, die Sozialdemokratie und ihre Presse, die berufene Vertreterin des aufstrebenden Proletariats, zu bekämpfen, wo sie nur kann, die Interessen der besitzenden („staatserhaltenden") Klassen aber zu schützen und zu fördern.

Die Baufachausstellung in Leipzig und die Gewerkschaften.

Vom gewaltigen Fortschritt auf dem Gebiete des gesamten Bauwesens, von Deutschlands hochentwickelter Industrie und Technik spricht diese Ausstellung zu dem Beschauer. Der moderne Bau in seiner Außen- und Innenarchitektur tritt uns überall entgegen. Nicht allein äußere Baukunst, auch Baustoffe, Kunstindustrie, Kunstgewerbe und Raumkunst haben hier eine Stätte gefunden. Und der Betonbau, die stark emporstrebende neuere Bauart, ist vorherrschend. Die große Betonhalle, die mit ihren Anbauten eine Fläche von 10 000 Quadratmetern einnimmt, und deren 30 Meter weiter Spannraum von 16 gewaltigen Betonsäulen getragen wird, ist ein imponierendes Wahrzeichen moderner Bautechnik. Und ein Meisterwerk moderner Baukonstruktion ist eine als Monument des Eisens bezeichnete, achteckige, aus Eisenträgern hergestellte Ausstellungshalle des Stahlwerkverbandes und des Vereins Deutscher Brücken- und Eisenbaufabriken, oben gekrönt mit einer weithin sichtbaren vergoldeten Kugel.

In den Innenräumen der Ausstellungshallen aber, besonders in den Maschinenhallen, wird der Laie oft voller Bewunderung stehen bleiben, um die fast gigantische Technik moderner Maschinen zu bewundern.

So kann der Ausstellungsbesucher in dem stolzen Bewußtsein, daß deutsche Kunst, Technik und Wissenschaft erneut ein Beispiel hohen Könnens geliefert haben, die Ausstellung verlassen, wenn er versäumt hätte, die Kehrseite dieser glänzenden Medaille zu besehen. In der Halle für Kunst und Wissenschaft lernen wir schon eine etwas kritische Betrachtung dieser glänzenden Industrieentwicklung. Wir treffen dort einige Bekannte von der hygienischen Ausstellung in Dresden wieder. Das Reichsversicherungsamt hat auch hier in tabellarischen und kartinischen Darstellungen die Leistungen der Arbeiterversicherung gezeigt. Tischmodelle und Photographien zeigen uns Heilstätten und Invalidenheime, die den flüchtigen Ausstellungsbesucher oft zu bewundernden Aussprüchen veranlassen, ohne daß er bedenkt, wieviel Wunden hier geheilt werden mußten, die der Industrialismus dem Arbeiter schlug. Während hier die sogenannte Arbeiterwohlfahrt zur Anschauung gelangt, sind in derselben Abteilung aber auch schon die Gefahren, denen die deutschen Arbeiter im Baugewerbe und in der Industrie ausgesetzt sind, treffend dargestellt. Photographien und Präparate über die Berufskrankheiten der Bauarbeiter geben hier ein Bild erschütternder Tragik. Prof. Dr. Sommerfeld zeigt an verschiedenen Präparaten die dem menschlichen Körper verheerenden Bleivergiftungen und an einer großen Reihe anderer Präparate Erkrankungen durch andere gewerbliche Gifte und Berufskrankheiten. Ihm reiht sich Prof. Dr. Riede-Leipzig mit einer Ausstellung über die Hautkrankheiten der Maurer an, und der Ohrenarzt Dr. Alfred Peyser-Charlottenburg zeigt an ebenso solche Präparaten und Photographien die Bauarbeit in ihrem Einfluß auf menschliche Gehörorgane.

Sind hier neben der Unfallstatistik auch Unfallerkrankungen und Berufskrankheiten gezeigt, so war es notwendig, auch ihre Verhütung darzutun. Diese Lücke, die in der Ausstellung sonst gewesen wäre, hat die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften ausgefüllt. Damit wurde gleich auch ausgedrückt, daß die Arbeiter den Arbeiterschutz als grundsätzliche Forderung vertreten müssen: Die Arbeiterversicherung lindert nur die schädlichen Folgen der Industriearbeit, der Arbeiterschutz soll sie verhüten.

Die deutschen Gewerkschaften sind keine Neulinge als Aussteller. Sie haben sich mit Erfolg schon darin betätigt, so besonders bei Heimarbeitsausstellungen. Aber auch einzelne Verbände, so der der Steinsetzer und der der Holzarbeiter, waren auf anderen Ausstellungen schon vertreten. Vor zwei Jahren, bei der Dresdener hygienischen Ausstellung, planten die Zentralverbände eine Ausstellung größeren Stils, in der außer Bauarbeiterschutz auch wieder Heimarbeiterschutz und überhaupt die Hausindustrie mit ihren Schädigungen und vor allen Dingen die kolossalen Gefahren der chemischen Industrie zur Darstellung gebracht werden sollten. Scharfmacherkräfte hatten damals den Plan der Generalkommission und der ihr angeschlossenen Verbände hintertrieben. Sie waren auch diesmal wieder am Werke, allerdings erfolglos, denn die Ausstellungsleitung in Leipzig schenkte den Scharfmachern nicht so williges Gehör wie die Dresdener. Wäre damals die Ausstellung somit umfassender und vollständiger geworden, so darf man doch von der Ausstellung der deutschen Zentralverbände in Leipzig behaupten, daß sie auf dem engeren Gebiete des Bauarbeiterschutzes als wohlgelungen bezeichnet werden kann. Sie wäre sicher noch vollständiger und erschöpfender in der Darstellung geworden, wenn nicht die an der Ausstellung in der Hauptsache beteiligten Verbände durch andere Umstände in der sehr zeitraubenden Ausstellungsarbeit behindert worden wären. Die Organisationen der Bauarbeiter, Zimmerer und Maler hatten in diesem Jahre mit ihren sehr schwierigen Tarifverhandlungen zu tun, die die Arbeiten der Ausstellung ein wenig zurückdrängten.

Weil den Bauarbeitern von der Ausstellungsleitung zugesichert war, daß sie ohne ähnliche Beschränkung, wie sie die Dresdener Ausstellungsleitung seinerzeit wollte, als Aussteller zugelassen werden, beteiligten sie sich an der Ausstellung. Es entspricht ihrer Größe als gewerkschaftliche Verbände und ihres Einflusses im Wirtschaftsleben, daß sie unter den Ausstellern anzutreffen waren. Zeigen sonst die anderen Aussteller, die Industrie- und Baufirmen, ihr großes Können, wobei sie als Aussteller auch wesentlich als Geschäftsunternehmer geschäftlich interessiert sind, so wird hier im Gebäude der Generalkommission frei von diesen Hauptabsichten nur vom Standpunkt der Technik und Wissenschaft aus das Ausstellungsobjekt dem Besucher gezeigt.

Da steht ein unscheinbares Haus, mit Gerüsten rings umstellt. Von seinem Giebel herab leuchtet weithin über das Ausstellungsgelände ein Schild: „Bauarbeiterschutz". Es ist die Ausstellung der sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission. Doch der Schwarm der Ausstellungsbesucher wendet sich ihm selbst am „billigen Sonntag" weniger zu, in der Meinung, daß es sich hier um ein noch unfertiges Ausstellungsobjekt handelt. In der Ausstellung ist noch vieles unfertig, und das Haus der Generalkommission auf der Ausstellung macht auf den Nichtkenner äußerlich den Eindruck des Unfertigen, eben weil Gerüste an ihm angebracht sind. Doch dieser Bau soll weder Baukunst zeigen, noch durch architektonische Schönheit auffallen. Das Haus ist hier nur Kulisse, die Gerüste an ihm sind das eigentliche Ausstellungsobjekt. Alle diese Gerüste, die da zu sehen sind, werden während der Ausstellung so stehen bleiben. Durch sie soll den Ausstellungsbesuchern, besonders den Ingenieuren, Bauherren, Technikern und Interessenten ein Anschauungsunterricht erteilt werden, wie bei Häuserbauten Gerüste beschaffen sein müssen, damit sich kein Unfall ereigne. An diesem Gerüst werden die Forderungen der Bauarbeiter für einen besseren Bauarbeiterschutz demonstriert, wird das absolut Notwendige für die Unfallverhütung gezeigt. Die Verbände der Bauarbeiter, Zimmerer, Dachdecker, Maler, Glaser, Töpfer, Holzarbeiter, Metallarbeiter, Steinarbeiter und Steinsetzer zeigen hier, was im Innen- und Außenbau von ihnen als Bauarbeiterschutz erstrebt wird, um Unfälle zu verhüten. Sie haben denn auch nicht allein durch die Ausstellung der Gerüste theoretisch und demonstrativ bewiesen, daß Unfälle zu verhüten sind, sondern durch die Praxis. Beim Bau des Hauses der Generalkommission geschah kein Unfall, an ihm klebt kein Blut, so interessiert auch von anderer Seite darauf gewartet wurde, daß auch dort, wie in anderen Ausstellungshallen die Behauptungen der Unternehmer und der Berufsgenossenschaften bestätigt werden sollen, wonach im Baugewerbe die Zahl der Unfälle durch weitere Schutzeinrichtungen nicht mehr verringert werden könnten.

Eine Baubude für Bauarbeiter, ein transportabler Unterkunftsraum für Straßenarbeiter, eine Schutzhütte für Steinmetzen, Aborte mit den notwendigen sanitären Einrichtungen für Bau- und Straßenarbeiter vervollständigen das Aeußere des Ausstellungsobjektes.

Im Innenraum des Hauses aber erhielt das Völkerschlachtdenkmal ein Pendant. Vom Schlachtfeld der Arbeit erzählen uns hier tabellarische Darstellungen und Photographien, vom Schlachtfelde, daß alljährlich von Hunderttausenden deutscher Arbeiter bedeckt ist und ohne Unterbrechung ständig neue Opfer sieht. Der Tod von 9443 Arbeitern und die Schmerzensschreie von 716 584 durch Unfälle Verletzten im Jahre 1911 sind wuchtige Anklagen gegen den unzureichenden Arbeiterschutz in Deutschland. Und anklagend gegen den unzureichenden Arbeiterschutz reden die vom Holzarbeiterverband in Photographien ausgestellten, entsetzlich verstümmelten Hände der Holzbearbeitungs-Maschinenarbeiter sich in die Höhe, zeigen die vom Malerverbande ausgestellten verkrümmten Gliedmaßen und entstellten Gesichter der Bleikranken, welche Verwüstungen an Menschenleben und Gesundheit der menschenfressende Kapitalismus anrichtet. Der Metallarbeiterverband zeigt an elektrisch belichteten Glasphotographien, mit welcher Tollkühnheit der Arbeiter in schwindelnder Höhe in Eisengerüsten und Brückenbauten herumklettern muß, ohne irgend welche Schutzvorrichtungen, während der Steinarbeiterverband das Gesundheitsschädliche und Gefährliche der Steinbrüche vorführt.

Anklagen gegen den unzureichenden Arbeiterschutz! Nicht tendenziös, man kann sagen: unpersönlich treten sie dem Ausstellungsbesucher gegenüber. Er sieht, was an Unfällen und Erkrankungen verhütet werden könnte, wenn ausreichende Schutzvorrichtungen in Uebung wären.

Unsere deutschen Gewerkschaften sind immer mehr dazu übergegangen, ihre sozialpolitischen Forderungen an die Gesetzgebung nicht allein in Eingaben und Resolutionen niederzulegen, sondern sie durch Tatsachen zu begründen. Eine solche Tatsachenbegründung für besseren Bauarbeiterschutz ist die Ausstellung der Gewerkschaften in der Leipziger Baufachausstellung. Möge sie an jenen Kreisen auch nicht ohne Eindruck bleiben, die für diese berechtigten Forderungen der Arbeiter in der Gesetzgebung mitwirken könnten.

Gewerkschaftsbewegung.

Neue Schwierigkeiten bei Beendigung des Kampfes im Malergewerbe. Es war vorauszusehen, daß die Wiederaufnahme der Arbeit nach Annahme des neuen Schiedsspruches im Malergewerbe nicht glatt vonstatten gehen würde. Einmal können verschiedene Unternehmer einzelner Städte und Bezirke sich mit der erlittenen Blamage nicht so ohne weiteres abfinden, dann aber begegnen sich Unternehmer- und Gehilfenorganisationen vielfach in dem Wunsche, vor Wiederaufnahme der Arbeit zunächst die örtlichen Verhandlungen über die den Orten verbleibenden Differenzen zu erledigen. Bemerkenswert ist, daß der neue Schiedsspruch vom Unternehmerverband nur mit geringer Mehrheit angenommen wurde, zwei Gauverbände lehnten ihn ab, und zwar Rheinland-Westfalen einstimmig und Norddeutschland mit großer Mehrheit. Der Gau Rheinland-Westfalen ist darum zur offenen Obstruktion übergegangen. Der Vorstand dieses Gauverbandes versandte unterm 24. Mai ein Zirkular, in dem er seinen Mitgliedern mitteilt, daß die Betriebe geöffnet werden „zu den vom Arbeitgeberverband aufgestellten Bedingungen". Man akzeptiere den faulen Frieden, den die Schiedssprüche brächten, nicht. Der Tarif, den die Gehilfen jetzt anerkennen müßten, sei aufgestellt unter Berücksichtigung der wichtigsten Wünsche des Arbeitgeberverbandes. „Die Grundlöhne sind um einen Pfennig pro Stunde erhöht, sodaß wir also auch nach dieser Richtung der Gehilfenschaft ein weitgehendes Entgegenkommen gezeigt haben. Höhere Löhne zu zahlen, soll möglichst vermieden werden." Dann heißt es weiter:

„Sollte eine Werkstatt in der nächsten Zeit von der Gehilfenschaft durch Streik angegriffen werden, so bitten wir, dies sofort zu melden; den betreffenden Gehilfen ist mitzuteilen, daß sie auf eine schwarze Liste gesetzt werden und ein Jahr lang nirgends mehr beschäftigt werden. Eventuell wird es auch erforderlich werden, erneute Aussperrungen vorzunehmen."

Die gegenwärtige Zeit erfordert aus diesen Gründen größte Solidarität und eiserne Disziplin. Bewahren wir diese, so werden wir gegen die Angriffe der Gehilfenschaft gefeit sein. Angegriffenen Kollegen wird durch Unterstützung von Arbeitskräften aus anderen Werkstätten geholfen werden.

Warnung vor Sondertarifen der Gehilfenschaft!!! Dr. Coelsch, Syndikus."

Der Hauptverband der Unternehmer steht diesem Scharfmacherstückchen, Treubruch und offenem Abfall dieses Gauverbandes völlig hilflos gegenüber.

Ebenso treibt es der als Scharfmacher bekannte Hamburger Vorsitzende der Unternehmer und Innungsobermeister offensichtlich zum Bruch. Er hat entgegen den getroffenen Abmachungen einen einseitigen Unternehmerarbeitsnachweis eröffnet und erklärt seinen Mitgliedern offiziell, daß keine allgemeine Lohnerhöhung stattfinde, obwohl bei den Verhandlungen protokollarisch festgelegt wurde, daß die Unternehmer die moralische Pflicht haben, die ausgesprochene Lohnerhöhung allgemein zu gewähren, also auch den älteren und leistungsfähigeren Gehilfen, die seither schon mehr als den Minimallohn erhielten. Angesichts dieser offenen Tarifverletzungen haben die Hamburger Gehilfen beschlossen, die Arbeit vorläufig nicht aufzunehmen.

Auch in einigen anderen Städten bestehen ähnliche Differenzen, wieder in anderen Städten lehnen die Unternehmer jede örtliche Verhandlung ab.

Der tatsächliche Umfang der noch bestehenden Differenzen kann erst in den nächsten Tagen endgültig festgestellt werden. Jedenfalls wird es noch einige Zeit dauern, bis die durch die sinnlose Aussperrung heraufbeschworenen Differenzen vollständig erledigt sind. Die Gehilfen sind natürlich bereit, jede Ungerechtigkeit der Scharfmacher energisch abzumehren.

Streiks in der Steinindustrie. In München stellten am 25. Mai 200 Steinmetzen die Arbeit ein, weil die Unternehmer die allgemeinen Lohnzulagen, die sie vor dem Gewerbegericht bewilligt hatten, nicht bezahlen wollten. Die Herren wollten nur den schlechtest entlohnten Steinmetzen eine kleine Lohnzulage gewähren. Die Münchener Steinmetzmeister sind schon immer etwas hartnäckig gewesen, mußten doch die Gehilfen, um eine kleine Lohnaufbesserung zu erringen, 24 Wochen streiken. — Die Pflastersteinmacher in Altenhain-Ammelshain (Bezirk Leipzig) legten ebenfalls am 25. Mai die Arbeit nieder. Die Firma Ebert & Urban lehnte jedes finanzielle Zugeständnis ab. In der Umgebung der Streikorte konnte der Steinarbeiterverband bisher Tarife abschließen, aber die genannte Firma will unter allen Umständen am wilden Akkordsystem festhalten. Es ist unglaublich, daß Firmen, die nur für die Baubehörden liefern, einen so rückständigen Standpunkt einnehmen können. — Im Pflastersteinbezirk von Wurzen und Umgebung gärt es ebenfalls. Die Firmen Busse und Zachmann wollen die Tarifverhandlungen verschleppen, es mußte im Vorjahr schon ein Streik von sechswöchiger Dauer geführt werden, der damals resultatlos verlief. Diese Steinbruchbesitzer kommen in der Scharfmacherei gleich hinter den Bergwerksbesitzern.

Der Verband der Bureauangestellten veröffentlicht soeben seinen Jahresbericht für 1912. Daraus ergibt sich eine erfreuliche Entwickelung dieser Berufsorganisation. Der Verband erhöhte seine Mitgliederzahl von 6598 auf 7653. Er erzielte eine Einnahme an Beiträgen von 107 000 Mk., wozu noch rund 24 000 Mk. aus Buchhandlungs- und Verlagsgeschäften kommen. An Unterstützungen für Kranke, Stellenlose, Sterbegeld 2c. wurden rund 26 000 Mk. aufgewendet. Das Vermögen des Verbandes beziffert sich auf rund 68 000 Mark. Hierzu kommen noch rund 300 000 Mark Vermögen der Pensionskasse des Verbandes, zu der jedem Mitgliede der Beitritt bereits mit einem Monatsbeitrage von 1,10 Mk. freisteht. Auch die Stellenvermittelung hat sich gut bewährt. Auf diesem Gebiete hat der Verband eine recht segensvolle Tätigkeit entfalten können. Die Stellenvermittelung erfolgt für Verbandsmitglieder und Prinzipale völlig kostenlos. Anmeldungen hierzu können jederzeit bei dem Zentralstellennachweis, Berlin C 25, Kaiser-Wilhelm-Straße 18a, erfolgen.

Soziales.

Die Organisation der Volksfürsorge. Bei den mündlichen Verhandlungen vor dem Kaiserlichen Aufsichtsamt wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß, wenn die Gewerkschaftskassierer die Einkassierung der Prämien für die abgeschlossenen Versicherungen übernehmen würden, bei den den freien Gewerkschaften nicht angehörenden Personen die Erhebung der Prämien zeitweilig nicht prompt erfolgen würde. Der Organisationsplan sei ein Teil des Geschäftsplans; das Kaiserliche Aufsichtsamt müsse verlangen, daß den übernommenen Verpflichtungen bezüglich der Einkassierung der Prämien unter allen Umständen entsprochen werde. Durch die Vertreter der Volksfürsorge wurde hierauf erklärt: Die Volksfürsorge werde in ihrem eigenen Interesse dafür sorgen, ihre Verpflichtungen auch bezüglich der Einkassierung der Prämien strikte durchzuführen. Die Volksfürsorge werde auch schon vom rein versicherungstechnischen Standpunkte Wert darauf legen, daß der Kreis ihrer Versicherten ein großer werde. Der Volksfürsorge sei nicht damit gedient, nur Versicherungen abzuschließen, vielmehr müsse ihr daran gelegen sein, die Versicherten zu veranlassen, bis zum normalen Ablauf ihrer Versicherungen regelmäßig ihre Prämien zu entrichten. Außerdem komme in Betracht, daß in einer Reihe von Orten die Konsumvereine eine große Zahl von Mitgliedern hätten, die den freien Gewerkschaften nicht angehörten; die Erhebung von Prämien bei von diesen Mitgliedern abgeschlossenen Versicherungen liege mithin nicht nur im Interesse der Volksfürsorge, sondern auch in dem der Konsumvereine. Die Volksfürsorge werde deshalb ihre Organisation in allen Orten derart ausbauen, daß die regelmäßige Erhebung der Prämien bei allen bei ihr Versicherten erfolgen würde.

Aus Nah und Fern.

Wegen versuchten Gattenmordes verhaftete die Berliner Kriminalpolizei den 28jährigen Arbeiter Ernst Kappelt. Er wurde dem Polizeipräsidium eingeliefert. Die Verhaftung ist auf einen Revolveranschlag zurückzuführen, den Kappelt auf seine Frau verübt hat.

Deutsche Frauen, deutsche . . . Im Berliner Kunstgewerbemuseum wurde dieser Tage die Brautausstattung der Prinzessin Viktoria Luise öffentlich zum Begaffen aller Neugierigen ausgestellt, damit beim Anblick der prinzeßlichen Wäsche und Kleidungsstücke der Patriotismus gestärkt werde. Wie sich hierbei die holde Weiblichkeit in Berlin benommen hat, schildert ein bürgerliches Blatt folgendermaßen: „. . . Schon um 5 Uhr morgens hatten Neugierige von der zum Eingang emporführenden Rampe Besitz ergriffen, obwohl das Museum erst um 10 Uhr vormittags geöffnet wird. Im Laufe des Morgens und des Vormittags schwoll die Menschenmasse, fast durchweg aus Frauen bestehend, derartig an, daß dreißig Schutzleute zu Fuß und sechs Berittene mit zwei Offizieren aufgeboten werden mußten, um die sich zum Teil in wenig erbaulicher Weise drängende und stoßende Frauenmenge in Schach zu halten. Der unbefangene Beobachter sah kopfschüttelnd diese Tausende von Frauen jeden Standes sich in dem lebensgefährlichen Engpaß der Rampe vorwärts quetschen, und bald ereignete sich, was nicht ausbleiben konnte. Das Gedränge wurde zu einem Kampf aller gegen alle, bei dem Hüte, Fisuren und Kleider in Fetzen gingen. Die Folge war, daß die von Anfang bis zu Ende äußerst langmütige Polizei Kordons von je fünf Schutzleuten in die Menge postierte, die nun ihrerseits dem wilden Andrängen der mit hochroten und verzerrten Gesichtern um ihren Platz kämpfenden Frauen einen Damm entgegenzusetzen versuchten. Vergeblich! Es mußten erst Unglücksfälle und schwere Ohnmachten entstehen und nach Arzt und Krankenwagen gerufen werden. Fünf Damen erlagen an der Stelle, wo die Sonne zwischen Kunstgewerbemuseum und Völkerkundemuseum den wohltuenden Schatten der Gebäude durchbricht, der unerträglichen Schwüle und brachen zum Teil unter Schreikrämpfen zusammen. Sie mußten auf Anordnung der inzwischen herbeigerufenen Ärzte der Unfallstation in der Eichhornstraße und im Abgeordnetenhause gelabt und dann mit Droschken fortgeschafft werden. Inzwischen steigerte sich die Hitze und damit die Zahl der Ohnmachtsanfälle, und so hatte der mittlerweile requirierte Wagen des Verbandes für erste Hilfe reichlich zu tun, um Erkrankte fortzubringen. Obwohl die angesammelten Frauen mit eigenen Augen sahen, was ihnen eventuell bevorstand, und obwohl sich Offiziere wie Aufsichtsbeamte mit Lammsgeduld Mühe gaben, die Menge zu vernünftigem Verhalten zu ermahnen, wich und wankte kein Mensch. Jedesmal aber, wenn wieder ein neuer Trupp in das Museum Einlaß fand, erneuerte sich die Gefahr durch wüstes und rücksichtslosestes Stoßen und Drängen. Wer das „Glück" hatte, sich bis zum Verlassen des Museums nach Besichtigung des Trousseaus hindurchzukämpfen, der kam am anderen Ausgang in der Königgrätzer Straße und in der Prinz-Albrecht-Straße als „Wrack" zum Vorschein. Schachmatt mit zerrissenen Kleidern und Hüten kehrten sie in das behagliche Heim zurück." — Deutsche Frauen!

Endlich ein zufriedener Preuße! Die Wahlmännerstichwahlen in Lichtenberg, so berichtet der „Vorwärts", haben ein Genie auf den Plan gerufen, das dem Herrn Finanzminister ungewollt wertvolle Fingerzeige zur Hebung der allgemeinen Finanznot gegeben hat. Ein Lehrer, Wähler der 2. Abteilung, trat an den Wahltisch heran, stutzte und schien nicht recht zu wissen, was er tun sollte. Schließlich nannte er von zwei liberalen Wahlmännern nur einen, nahm dann das Portemonnaie aus der Tasche und fragte: „Was habe ich zu zahlen?" — Und da behaapten gewissenlose Hetzer noch, das preußische Wahlrecht tauge nichts, es sei nichts wert. Vielleicht beachtet der Finanzminister die Anregung und besteuert die Ausübung des Wahlrechts. Eine solche Steuer könnte dazu dienen, ganz erheblich die Zufriedenheit mit den bisherigen gottgewollten Zuständen zu fördern. Wie wär's, wenn wenigstens die vaterlandslose Sozialdemokratie für jede auf sie entfallende Stimme drei Mark blechen müßte? Das wäre doch nur recht und billig!

Rudolf Schildkraut kehrt, wie das „B. T." mitteilt, nach Berlin zurück. Vor zwei Jahren verließ Rudolf Schildkraut das Deutsche Theater und siedelte nach Neuyork über, wo er am „Jiddischen Theater" und am „Irving-Place-Theater" spielte, in dem er auch jetzt noch auftritt. Ende Juli wird nun der Künstler mit seiner Familie nach Berlin zurückkehren, um an einem Theater Engagement anzunehmen. Sein siebzehnjähriger Sohn ist ebenfalls Schauspieler geworden und die amerikanischen Zeitungen rühmen sein starkes Talent. Schildkraut bringt aus Amerika zwei Stücke mit, ein impressionistisches Schauspiel „Romance" von dem Neuyorker Dichter Edward Sheldon, das Schildkraut übersetzt hat, und ein Drama „Michael" von Jones. In beiden Stücken will Schildkraut in Berlin auftreten.

Raubmord in Hannover. Gestern vormittag gegen 11 Uhr fiel im Hause Schillerstraße 20 der vierzehnjährige Handlungslehrling Hans Steins einem Raubmord zum Opfer. Um 10 Uhr war in einer Wohnung des Hauses ein etwa 25jähriger Mann erschienen, um ein Zimmer, angeblich für seinen Bruder zu mieten. Er war dann fortgegangen, kam aber nach einer Stunde in Begleitung des Lehrlings Steins wieder, der kurz vorher beim Postscheckamt 193 Mk. für seinen Chef abgehoben hatte. Kaum hatten die beiden das Zimmer betreten, als die Zimmervermieterin einen Schuß hörte. Sie eilte hinein und fand den Lehrling in einer Blutlache am Boden liegen. Der Täter, der sich bereits in den Besitz des Geldes gesetzt hatte, war schon durch eine andere Tür entflohen. Auf seine Ergreifung ist eine Belohnung von 500 Mk. ausgesetzt worden. Steins ist kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus gestorben. Unter welchem Vorwand er von dem Mörder verschleppt wurde, ist noch nicht festgestellt.

Todessturz eines Fliegers. Aus Hannover wird gemeldet: Der Pilot Horn ist Mittwoch morgen mit einem Jathoeindecker auf einem Ueberlandfluge bei Burgwedel aus unaufgeklärter Ursache aus hundertfünfzig Meter Höhe abgestürzt; er war sofort tot.

Flucht von Zuchthäuslern. Aus Diez an der Lahn wird telegraphiert: Fünf schwere Verbrecher, die teils zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt sind, sind am Dienstag aus dem Nassauischen Landeszuchthause ausgebrochen. Sie haben aus Bettzeug einen etwa 50 Meter langen Strick gefertigt und sich damit aus dem Zuchthause herabgelassen. Drei sind entkommen, der vierte ist abgestürzt und hat einen Beinbruch erlitten. Bei dem fünften riß das Seil, sodaß er etwa fünfzehn Meter hoch zwischen Himmel und Erde schwebte; er wurde später von den Anstaltsbeamten wieder hochgezogen. Polizei und Militär sind zur Ergreifung der Flüchtlinge herangezogen worden.

Der Erfolg eines Buches. „Das Menschenschlachthaus" von dem Hamburger Wilhelm Lamszus, das eine so heftige Anfeindung durch die Interessenten der Rüstungsindustrie und ihre freiwilligen und bezahlten Helfer erfahren hat, ist von einem außerordentlichen buchhändlerischen Erfolg gekrönt. Nicht nur ist die deutsche Auflage ganz ungemein groß, sondern in diesen Tagen ist das Buch, nachdem es ins Englische übersetzt ist, auch in England in einer Auflage von 100 000 Exemplaren auf den Markt gekommen. Wir freuen uns dieses Erfolges, da die große Verbreitung des Buches ohne Frage dem Abrüstungs- und Weltfriedensgedanken viele neue Anhänger bringen wird.

Krieg im Frieden. Auf dem Truppenübungsplatz Sennelager bei Paderborn stürzte bei einer Kavallerieübung ein schweres Geschütz um und begrub vier Kavalleristen unter sich, die schwer verletzt wurden.

Schweres Explosionsunglück. Auf einem Grundstück in Rheydt wollten Arbeiter den im Schacht befindlichen Syphon, der an die städtische Kanalisation angeschlossen war, ausbessern. Um sich davon zu überzeugen, ob die Grube Gase enthalte, warf einer der Arbeiter ein brennendes Stück Papier hinab. In demselben Augenblick erfolgte eine Explosion, wodurch fünf Arbeiter schwere Brandwunden erlitten.

Beim Baden ertrunken. Beim Baden in der Oder geriet bei Crossen die 15jährige Tochter Margarethe des Weinbergsbesitzers Keller in eine tiefe Stelle und ertrank. Der Bräutigam ihrer älteren Schwester, der Bankbeamte Otto Hildebrand aus der Dresdener Straße in Berlin, welcher ebenfalls mit zwei Schwestern der Keller badete, kam bei dem Versuche, die Ertrinkende zu retten, gleichfalls ums Leben.

Ultramontane Geldmacherei. Die „Kölnische Volkszeitung" hat sich vor einiger Zeit gegen den unkontrollierten Bettelbriefbetrieb gewandt. Dieser Bettelbriefbetrieb floriert ziemlich stark. Er dient der Schnorrerei für Kirchen oder sonstige kirchliche Einrichtungen und geht meist von einzelnen interessierten Geistlichen aus. Das rheinische ultramontane Blatt wendet sich nun nicht gegen die Bettelei an sich, dieser unkontrollierte und dezentralisierte Betrieb ist ihr nur um deswillen verhaßt, weil der Reinertrag in keinem Verhältnis steht zu den Unkosten. In Nr. 452 vom 27. Mai geht die „Köln. Volksztg." einem Pfarrer Beyer in Großlichterfelde bei Berlin zu Leibe, der sich auf dem Gebiete der Bettelbriefe besonders betriebsam gezeigt hat und der den Einwand der „Kölnischen Volkszeitung" noch mit dem Hinweis auf die Sammelarbeit des Bonifaziusvereins und seine Unkosten pariert. Es wird dem Pfarrer Beyer vorgehalten, daß bei zwei Bettelbriefunternehmungen die Unkosten 66,66 und 55,1[illegible] Prozent — in Zahlen: von 45 000 = 30 000 und von 143 000 = 90 000 Mark — betragen haben. Bei dem Bonifaziusverein aber beliefen sich die Unkosten nur auf 9,54 %. Der ganze Streit interessiert nichtultramontane Kreise schließlich weiter nicht; von Interesse ist lediglich, welche ungeheuren Summen die ultramontane Bettelei aus dem Volke herauszieht. Der Bonifaziusverein hat im Jahre 1911 eine Einnahme von 1 580 432 Mark gehabt, und um diese Einnahme zu erzielen, allein für Druckkosten 150 813 Mark ausgegeben. Einzelne Diözesen haben Riesensummen aufgebracht, so Breslau 379 000, Münster 175 000, Freiburg 242 000, Köln 154 000, Paderborn 211 000 und Prag 308 000 Mark. Prag hat allerdings von dieser Einnahme rund 102 000 Mark wieder allein für Druckkosten verbraucht. Die Geldmacherei des Bonifaziusvereins steht unter Kontrolle. Darauf tun sich die klerikalen Gegner der unkontrollierten Briefbettelei viel zugute. Daran, daß diese Geldsummen dem Volke entzogen werden, nehmen sie natürlich keinen Anstoß. — Nun kommt aber hier zu noch der Bettelbriefbetrieb, der nicht weniger einbringt. Daß er nicht unter Kontrolle steht und daß die hohen Unkosten einen großen Teil der Gaben ihren Zwecken entziehen, mag für die Geber und die konkurrierenden klerikalen Sammelstellen unangenehm sein. An der Sache selbst, daß Riesensummen jahraus, jahrein den ultramontanen Organisationen in ihre Kassen geleitet werden, ändert das nichts.

Vom Blitz erschlagen. Bei einem heftigen Gewitter ist bei Seggerde ein auf dem Felde arbeitendes Mädchen vom Blitz erschlagen und ein anderes betäubt worden.

Noch ein würdiger „Pfadfinder". In Singen (Amt Konstanz) hat sich der Hauptfeldmeister Sch. gegenüber jungen Pfadfindern sittlich schwer vergangen. Er ist unter Hinterlassung von Schulden geflüchtet. Sch. war Führer der Pfadfinder. Die Angelegenheit erregt in Singen und Umgegend großes Aufsehen.

Von der Schröder-Stranz-Expedition. Kapitän Staxrup von der Hilfsexpedition für Schröder-Stranz hat nach Tromsö telegraphiert, man möge ihm ein Schiff für 14 Mann senden.

Untergang eines Stettiner Dampfers. Aus Brest wird gemeldet: Der Dampfer „Okawango" aus Stettin, Kapitän Stahl, geriet bei dichtem Nebel gegenüber von Quessant auf Grund. Das Schiff sank. Die gesamte Besatzung, bestehend aus 25 Mann, wurde gerettet.

Nächstenliebe. Unter dieser Überschrift berichtet eine der letzten Nummern des „Monistischen Jahrhunderts": „Sie ist einfältiger, wackerer Leute Kind, dient in Dresden-Blasewitz als Magd — und tötet sich. Der Arzt bescheinigt, daß die Unglückliche in geistiger Umnachtung gehandelt. Der Dienstherr läßt der Toten, um den hartbetroffenen Eltern doch einen Trost zu schaffen, einen schönen Grabstein setzen mit der üblichen Inschrift: „Hier ruht in Gott. . . Aber die Kirche, die mit Gott in genauer Verbindung steht, widerspricht. Der Stein muß weg. Der Dienstherr läßt ihn abschleifen und das Ärgernis „Gott" beseitigen. Die Inschrift lautet alsbald: „Hier ruht in Frieden. . . Doch auf einem christlichen Friedhofe darf eine geistig kranke Selbstmörderin auch nicht in Frieden ruhen. Die Kirche decretiert demgemäß. Der Stein wird also zum zweiten Male abgeschliffen. Jetzt gibt er nun an: „Hier ruht sanft. . . Da im ganzen lieben Europa ja doch kein verständiger Mensch mehr glauben kann, daß die arme, im Grabe von der barmherzigsten aller Kirchenbehörden so herb gerichtete Unschuld auf diesem „Friedhofe" sanft ruhe, genehmigten die Nachfolger des „Friedefürsten und Menschenfreundes" gnadenreich den Text." — Im „Monistischen Jahrhundert" ist die Überschrift ohne Anführungszeichen gegeben. Wir haben durch die Anführungszeichen die Toleranz der christlichen Kirche noch etwas hervorheben wollen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Verkauf 4168

lebender Butt

am Freitag, dem 30. Mai 1913

vormittags von 8 Uhr ab an der

Hüxtertorbrücke, Mühlentorbrücke, Holstenbrücke

und

Eutiner Brücke.

Verband der Steinsetzer u. Berufsgen.

Filiale Lübeck.

Am 27. Mai starb nach langem schweren Leiden unser treuer langjähriger Kollege

Wilhelm Dahm

im 40. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 31. Mai, nachmittags 2¾ Uhr, von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes aus statt.

Die Kollegen versammeln sich um 1½ Uhr im Gewerkschaftshaus.

4173) **Der Vorstand.**

Junge Frau sucht Kontor oder Laden zu reinigen. Angebote unt. **E W** an die Exp. d. Bl. (4178

Dirigent gesucht.

Die „Graphische Liedertafel" (30 Sänger) sucht z. 1. Juli Dirigenten. Uebungsabend möglichst Dienstags. Schriftl. Bewerbungen m. Gehaltsansprüchen erbeten an (4165

J. Barg, Bleicherstr. 4a.

Zwei-Stuben-Wohnung

zum 1. Juli zu vermieten.

4163) Feldstraße 29.

Freundlich möbl. Zimmer

mit Kaffee, Woche 2,50 Mk.

4177) Ludwigstraße 40 I.

Junges Mädchen sucht **Zimmer mit Pension.** (Holstentor bevorzugt.) Angeb. m. Preisangabe unt. **R. S.** a. d. Exped. d. Bls. (4166

Eine Zwei-Zimmer-Wohnung im Preise bis 230 Mk. zum 1. Juli zu mieten gesucht von Leuten mit einem Kind. Offerten unter **B C** an die Expedition d. Bl. (4169

Gangbude mit Hofplatz in der Fischergrube billig zu verk.

3854) Pferdemarkt 17, I.

Ein Stall zu verkaufen. 4172

Joh. Abromeit, Clever-Landwehr.

Garantiert rein deutsche Honigarten in Zusammenstellung mit Raffinade Marke **Bienenfleiß**

Karl Häuer & Co. Wallhalbinsel. Fernr. 891

Ein noch gut erhaltener Trauerhut mit Schleier zu verkaufen.

4182) Glogrinstraße 32—34, part. l.

Magnum-bon.-Eßkartoffeln billig zu verkaufen. Abends nach 6 Uhr. (4170) Kerkringstr. 30, I.

Ein **Waschtisch,** mehrere gute **Lege-Hühner** und starken **Einfriedigungs-Draht** zu verkaufen.

4164) Stitenstraße 13, part.

Gesucht ein Gaskocher,

noch gut erhalten. Ang. m. Preisang. u. **S. S.** a. d. Exp. d. Bl. (4167

Gute Magnum bonum-Eßkartoffeln 100 Pfd. **2** Mk., 10 Pfd. **25** Pfg. **Gute lange gelbe** und **gelbe Eierkartoffeln** 100 Pfd. **2,50** Mark, 10 Pfd. **30** u. **35** Pfg. empfiehlt

4174) **C. Prestin,** Fleischhauerstr. 60

Wer gewillt ist, zum Kreisturnfest am 27. und 28. Juli mit Kuchen oder Obsttisch auszustehen, wird gebeten, dieses an M. Werner, Langer Lohberg 30/32 einzureichen.

Wie bekannt, zahle die höchsten Preise für **Hausstandslumpen, Zeitungen, Eisen, Metalle, Neutuch, Taue.** (1225

Fernruf 2430. Postkarte genügt.

Waisenhofstraße 25.

Achtung!

Radfahrer!

Neue Fahrräder von 55 Mk.

mit Freilauf und Rücktritt.

Ketten von 1.50 Mk. an.

Pedale von 2.00 Mk. an.

Sämtliche Ersatzteile staunend billig.

4031

H. Krohne, Schwartau.

Habe mehrere

junge Pferde

geschlachtet, wovon ich meinen werten Kunden

prima Bratenstücke, ff. Gehacktes u. Beefsteak sowie sämtliche Wurstsorten

in bekannter Güte

bestens empfehle (4179

Herm. Dose

Roßschlachterei

Markthalle 1. Hundestr. 62.

Ein Sieg der deutschen Industrie!

2 Pfg. das Stück

Oriental Tabak- u. Cigaretten-Fabrik Yenidze, Dresden — Inh: Hugo Zietz, Hoflieferant S. M. d. Königs v. Sachsen

6996

Für Herren:

Schnürstiefel, Boxc. **7.90** bis **10.00** M., echt Boxcalf **10.75** M. echt Boxcalf ff. **12.00** M.

Frankonia Rahmenarbeit **14.75** M.

Zug- und Schnallenstiefel Box von **8.50 9.25 10.75 11.50** b. **13.50**

Für Damen:

Schnürstiefel und -Schuhe in Boxcalf und Chevreau, auch braun, von **4.75** bis **13.50** M.

Für Knaben u. Mädchen:

Schnürstiefel, Rindbox u. Boxcalf, auch in braun

Größe 36-39 **6.00 7.50** b. **8.50** M.
Größe 31-35 **4.75 5.25** b. **7.25** M.
Größe 27-30 **3.75 4.25** b. **5.50** M.

Für Kinder:

Sandalen in allen Größen von

27-30	31-35	36-42
3.00	**3.50**	**3.90** M. an

Arbeits-Schnür-, Schnallen- und Zugstiefel vorrätig.

Heinrich Beckmann

4175) **Reiferstraße 3.**

Rabattmarken. Reparaturwerkstatt

Achtung Maler!

Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung

am Freitag, dem 30. Mai

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus"

Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Rechenschaftsbericht der Aussperrungsleitung.
2. Wahl der Ortstarifamtsmitglieder.
3. Verschiedenes.

Die Kollegen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

4181) **Der Vorstand.**

Schuhwaren

für Kinder, Damen und Herren in großer Auswahl. (3710

Damenstiefel . . . **4.95—12.50**
Herrenstiefel . . . **5.50—14.95**
Kinderstiefel, Gr. 22—35, in den Preislagen . . . . **1.95—6.25**
Sandalen, braun Segeltuch, Paar **1.08, 1.25, 1.48**
Sandalen, lederne, Paar . **1.58, 1.78, 1.98, 2.28**
Anzüge f. Kinder . **2.25—13.—**
Herren-Anzüge . **12.85—47.50**

Arbeiter-Garderobe sehr billig.

Johannes Holst,

Kohlmarkt 6. Markt 6.

Gratis! Gratis!

Am Freitag und Sonnabend gebe auf 1 Pfd. Margarine zu 80 oder 90 Pfg. (4180

1 groß. Block Schokolade

Gratis! Gratis!

Fst. Meiereibutter Pfd. **1,15**
„ Blasenschmalz „ **75 ₰**
„ Kokosfett „ **58 ₰**
Origin.-Kommißbrot St. **50 ₰**

Mart. Wegener, Beckergr. **31.**

Heda!

gebrauchen Sie schon Ragoda?

Einzig in seiner Art. Schneeweiße Wäsche. Garantiert unschädlich! **Viele Anerkennungsschreiben** unaufgefordert erhalten.

Zur Einführung bis Ende 1914 gegen Gutscheine von 5 Pfd.: 1 Taschenmesser, 10 Pfd.: 4 Alf. Teelöffel oder 1 echt silb. Collier, 20 Pfd.: 1 Double-Uhrkette usw. (230

überall zu haben. 1 Pfd. nur 55 Pfg.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Zahlstelle Lübeck.

Ausflug

mit Musik nach Segeberg

am Sonntag, dem 15. Juni 1913.

Abfahrt von Lübeck 10.50 Uhr.

Fahrpreis hin und zurück a Person 2.25 Mk.

4152) **Das Komitee.**

NB. Bestellungen auf Fahrkarten nimmt bis zum 3. Juni der Kollege **H. Boysen,** Holstenring, Holstenstraße entgegen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Lübeck.

Einladung zum

Ausflug nach Ratzeburg

am Sonntag, d. 1. Juni 1913.

Tour um den Ratzeburger See mit Musik, nachdem

BALL im Lokale **„Weinberg".**

Fahrpreis hin und zurück à Person 1.00 Mark.

Kinder über 4 Jahre die Hälfte.

Abfahrt ab Lübeck 1.31 Uhr. Rückfahrt ab Ratzeburg 11.04 Uhr.

Preis der Karte 50 Pfg.

3846) **Das Komitee.**

Arbeiter-Abstinenten-Bund.

Versammlung

am Freitag, dem 30. Mai 1913

abends 8½ Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. **Vortrag über „Gemeinde und Alkohol".** Referent: **Bundesvorsitzender A. Neumann-Berlin.**
2. **Diskussion.**
3. **Verschiedenes.**

Genossen, welche Interesse für Komunalpolitik haben, insbesondere alle in der Arbeiterbewegung tätigen Genossen und Genossinnen, auch sonstige Interessenten werden freundlichst eingeladen.

4171 **Der Vorstand.**

Ortskrankenkasse in Lübeck.

Außerordentliche

General-Versammlung der Vertreter

am Freitag, dem 6. Juni 1913

abends 8½ Uhr

in Kempfers Gesellschaftshaus (Bürgerverein), Königstraße 25.

Tagesordnung:

1. Beratung der neuen Kassensatzung
2. Sonstige Kassenangelegenheiten.

Die **Ersatzmänner** der Generalversammlungsvertreter können der Versammlung als **Zuhörer** beiwohnen.

Lübeck, den 23. Mai 1913.

4161) **Der Vorstand.**

Lieder-Abend

der

Fackenburger Liedertafel

unter gütiger Mitwirkung des **Chorvereins Lübeck** sowie der **„Lyra"-Oldesloe** und der umliegenden Vereine des Arbeiter-Sängerbundes

am Sonnabend, dem 31. Mai

abends 8½ Uhr

im Lokale des Herrn L. Paetau in Fackenburg.

Eintritt a Person 20 Pfg.

4183) **Der Vorstand.**

Lübecker Sommer-Theater

i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.

Freitag, den 30. Mai: Novität von Skowroneck. **Die Generalsecke.** Militärisches Lustspiel. (4176

Sonnabend und **Sonntag** sind für die Festvorstellungen der Trägerkorporation die Stadthallen reserviert

Montag, den 2. Juni: Zum zweiten Male: **Die Generalsecke.**

Anfang stets 8¼ Uhr.